

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 4. Mai 1911.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Der Reichsverband.

II.

Die Gründung des Reichsverbandes war eine unmittelbare Folge des gewaltigen sozialdemokratischen Wahlsieges vom 16. Juni 1903. Allen bürgerlichen Parteien war damals das Bewußtsein aufgeblüht, daß „etwas geschehen“ müsse, um der roten Hochflut Einhalt zu gebieten. So kam es nach allerlei Vorberatungen am 9. Mai 1904 in Berlin zur Gründung des Reichsverbandes, dessen offizielle Leitung in die Hände des Generals a. D. von Liebert und der beiden nationalliberalen Abgeordneten Lehmann und Hagemann gelegt wurde, während zum Geschäftsführer ein Herr Dr. Wetterschick einsetzte. Schon Ende Dezember 1906, also zur Zeit des Reichstagswahlkampfes, zählte der Verband zirka 144 000 Mitglieder, die sich auf 287 eigene Ortsgruppen und 340 körperschaftlich angeschlossene Vereine verteilten; der Verband verfügte damals bereits außer seiner Hauptgeschäftsstelle in Berlin über nicht weniger als zwölf im ganzen Lande verbreitete Provinzialgeschäftsstellen. Hatte er sich schon seit seiner Gründung sehr intensiv an zahlreichen Reichswahlkämpfen beteiligt (nur der nationalliberale Herr Dr. Niemeyer in Essen und der freisinnige Pastor Korell in Darmstadt hatten sich das Eintreten des Reichsverbandes für ihre Kandidaturen aus Reinlichkeitsbedürfnissen verboten), so steigerte sich während des Hottentottenwahlkampfes seine Tätigkeit noch außerordentlich. In nicht weniger als 69 Wahlkreisen war der Reichsverband schon vor der Hauptwahl, in weiteren 13 nur vor der Stichwahl tätig. Er verbreitete in mehr als zehn Millionen Exemplaren 72 verschiedene, ausschließlich gegen die Sozialdemokratie gerichtete Flugblätter, von denen fünfzig schon vor Beginn des Wahlkampfes hergestellt waren, während 22 im Wahlkampf selbst entstanden. Dabei sind die nur für die einzelnen Wahlkreise bestimmten Flugblätter nicht einmal mitgezählt. Alle diese Flugblätter wurden den bürgerlichen Parteien völlig unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Seine regelmäßig mehreren tausend bürgerlichen deutschen Zeitungen zugehende „Korrespondenz“ gestaltete er sofort nach der Auflösung zu einer „Wahlkorrespondenz“ aus, die in fünfzehn Nummern erschien und deren wüste Beschimpfungen unserer Partei von dem weitaus größten Teile der bürgerlichen Presse mit Wonne nachgedruckt wurden. Vor allem organisierte der Reichsverband in allen den Kreisen, auf die er seine Kräfte lenkte, in einer bisher in Deutschland noch nicht gekannten Weise den Schlepperdienst am Wahltag selbst. Unsere Genossen waren auf diese amerikanische Art der Wahltechnik in den meisten Kreisen nicht genügend vorbereitet gewesen: in 32 von 36 Wahlkreisen, die wir in jenem Wahlkampf verloren, trug zu dem Mandatsverlust nicht zuletzt das wüste Treiben der Reichsverbändler bei.

Der Dank der bürgerlichen Parteien an den Reichsverband, der ihnen die Wahlslacht gewinnen geholfen hatte, blieb nicht aus: in einer 32 Seiten starken Broschüre registrierte der Reichsverband mit schmunzelndem Behagen die zahlreichen ihm aus den verschiedenen bürgerlichen Parteilagern zugegangenen Glückwunschsendungen, von denen uns am besten der Gruß aus Göttha gefallen hat:

„Ein Hurra unserm Vaterland  
Und seinem wahren Reichsverband!“

Armes Vaterland, so müssen wir „Vaterlandslosen“ da sagen, das bis auf den — Reichsverband gekommen ist . . .

Nach den Reichstagswahlen ist die Tätigkeit des Reichsverbandes zwar etwas weniger geräuschvoll gewesen, war aber nichtsdestoweniger nach wie vor außerordentlich intensiv. Schon ehe der Wahlkampf begonnen hatte, hatte der Reichsverband im Jahre 1906 zwei Millionen sechshunderttausend Flugblätter verbreiten lassen und allein in seiner Hauptgeschäftsstelle 292 000 Ausgänge bearbeitet. Nach Beendigung des Wahlkampfes wurde mit gleichem, einer besseren Sache würdigen Eifer weiter gearbeitet. In den auf den Hottentottenwahlkampf folgenden Monaten des Jahres 1907 wurden nicht nur noch Hunderte von Versammlungen abgehalten, sondern auch noch 1 200 000 weitere Flugblätter verbreitet, unter anderen eines an die Landarbeiter in 150 000 Exemplaren. Außerdem wurde neben der früher schon gegründeten antisozialdemokratischen Hauptagitationsschule in Berlin das System der sogenannten fliegenden Rednerschulen weiter ausgebildet; allein in Waldenburg in Oberschlesien wurden im Jahre 1907 30 V. zwei solche antisozialdemokratischen Rednerschulen mit je 60 Teilnehmern abgehalten. Leute, die sich bei diesen Vorträgen als besonders „tüchtig“ erwiesen haben, kommen dann auf die Hauptrednerschule in Berlin. Auf diese Weise sind in den letzten Jahren mehrere Tausende von Wanderrednern „ausgebildet“ worden, die man im nächsten Wahlkampf auf das arme deutsche Volk loslassen wird.

Welcher Art die „Wissenschaft“ ist, die diesen bedauernden Leuten da eingebracht worden ist, kann man sich leicht vorstellen, wenn man das „Handbuch für nichtsozialdemokratische Wähler“ durchblättert, das der Reichsverband nun schon in dritter Auflage herausgegeben hat. Aber mag diese Sorte von „Wissenschaft“ auch noch so tief stehen: unsere Genossen im Lande draußen müssen darauf vorbereitet sein, daß diese Tausende von Reichsverbandsrednern im bevorstehenden

Wahlkampf an allen Ecken und Enden Deutschlands auftauchen werden.

Um noch einige weitere Ziffern von der Entwicklung des Reichsverbandes zu geben: Im Jahre 1908 brachte er es auf 180 000 Mitglieder in 623 Ortsgruppen und ließ seine Wanderredner in 726 Versammlungen auftreten; im gleichen Jahre hielt er außer seiner Hauptschule in Berlin im Lande 24 „fliegende Rednerschulen“ ab, in denen nicht weniger als 60 „Dozenten“ wirkten. Die Zahl der vom Reichsverbande verbreiteten Flugblätter erhöhte sich im Jahre 1908 abermals, und zwar auf 1 623 950 Stück, seine „Korrespondenz“ wurde in 150 000 Exemplaren an die bürgerliche Presse und an die Organisationsleiter versandt; dazu kamen noch 300 000 Exemplare eines antisozialdemokratischen sogenannten „Volkstalers“. Mit besonderem Stolz weist der Jahresbericht für 1908 darauf hin, daß es dem Reichsverbande (der doch an Schmähdungen seiner Gegner das Menschenmögliche leistet!) in 22 Fällen gelungen sei, Verurteilungen sozialdemokratischer Redakteure wegen Reichsverbandsbeleidigung zu erzielen, und zwar zu insgesamt 2780 M. Geldstrafe „ohne die Kosten“.

Im Jahre 1910 beteiligte sich der Reichsverband „aus wohlwollenden Gründen“ an keiner der zahlreichen Nachwahlen. Diese „wohlwollenden Gründe“ kann man verstehen: die vor vier Jahren im Rassenblock vereinigt gewesenen Parteien waren im vorigen Jahre derartig aneinander geraten, daß der Reichsverband in der Tat in eine schwierige Lage gekommen wäre, wenn er nach dem Muster der Jahre 1906/07 ihnen allen seine Dienste angeboten hätte; so wartet er denn mit seinem offiziellen Hervortreten in Wahlkämpfen auf bessere Tage, in denen wenigstens Konservative und Nationalliberale einander völlig wiedergefunden haben werden. Aber man würde sich sehr irren, wollte man annehmen, diese erzwungene äußere Zurückhaltung des Reichsverbandes im letzten Jahre wäre gleichbedeutend gewesen mit Untätigkeit überhaupt! Ganz im Gegenteil! Die Gesamtsumme der von ihm verbreiteten Flugblätter erreichte im Jahre 1910 die — wenn man von den beiden Wahlmonaten 1906/07 abzieht — bisher überhaupt erzielte Höchstzahl, nämlich 4 300 000 Exemplare, und seine Redner hielten — wohlgerneht: nur in Kreisen, in denen keine Reichstagsparlamente stattfanden — 826 Versammlungen ab, wozu dann wieder die Korrespondenz (1910: 176 300 Exemplare), die Kalender und Ähnliches kamen. 51 sogenannte „Rechtsauskunftsstellen“, zum Teil mit „nationalen Arbeitersekretariaten“ verbunden, wurden gegründet, die sogenannte (bis: gelbe) Arbeiterbewegung wurde auch sonst nach Kräften direkt und indirekt unterstützt, die Berliner antisozialistische Zentralbibliothek umfaßt jetzt 5000 Nummern, auch die Nummern des antisozialdemokratischen Zentralarchivs in Berlin, das neben der Bibliothek besteht und im wesentlichen die Ausschnittsammlung zum Zwecke der Fällung der berühmten Zitatenfäße betreibt, gehen schon hoch in die Tausende.

Neben seiner eigenen Druckerei hat der Reichsverband seit Jahr und Tag auch schon eine eigene Buchhandlung eingerichtet, die ein antisozialdemokratisches Tendenzwerk nach dem anderen auf den Markt wirft. Wir nennen hier davon nur Dr. Ludwigs Schrift gegen die sozialdemokratische Kommunalpolitik und Dr. Wils Müllers berichtigtes Buch über „die Herrschaft der Sozialdemokratie in der deutschen Krankenversicherung“. Die Zahl der im Jahre 1910 neu gegründeten Ortsgruppen betrug 124 mit ca. 6000 neuen Mitgliedern.

Seit dem vorigen Jahre ist der Verband dazu übergegangen, einen großen Teil seiner Flugblatt- und Broschürenliteratur direkt durch die Post zu versenden, zu welchem Zwecke die Einrichtung einer besonderen Versandstelle nötig wurde. Die Unternehmer wurden in besonderen Zirkularen, von denen mehrere in der Parteipresse publiziert werden konnten, aufgefordert, zu diesem Zwecke nicht nur die Adressen ihrer Arbeiter, sondern auch die erforderlichen Postkosten zur Verfügung zu stellen, und sie haben dies anscheinend auch in sehr großer Zahl getan. Wenigstens konstatiert die Leitung des Reichsverbandes in ihrem letzten Jahresberichte, daß „die neue Einrichtung fast durchgängig mit großer Freude und Genugtuung“ begrüßt worden sei. Daß diese „Freude und Genugtuung“ sich auch den Empfängern der 1 057 035 auf diese Weise durch die Post versandten Stück Reichsverbandsliteratur mitgeteilt habe, wird nicht ausdrücklich konstatiert; nach gewissen Erfahrungen, die der Reichsverband mit dieser seiner neuesten „Methode“ außer in der Gegend von Halle a. S. auch in Berlin gemacht hat, glauben wir, daß die Gefühle, die bei den solcherweise Begünstigten ausgelöst wurden, ganz anderer Art waren als „Freude und Genugtuung“.

Um das Bild von der Reichsverbandsstätigkeit einigermaßen vollständig zu machen, wollen wir noch darauf hinweisen, daß in den letzten drei Jahren (1908, 1909, 1910) auch besondere sogenannte „nationalökonomisch-politische Ausbildungskurse“ für Lehrer (11) abgehalten wurden (allein aus Hessen nahmen an dem Kursus von 1910 nicht weniger als 11 Lehrer teil!), daß allein in den Jahren 1909 und 1910 je über tausend Personen in seinen schon genannten Rednerschulen „ausgebildet“ wurden, daß durch Lichtbildervorträge und Volksunterhaltungsabende, an denen in den Provinzen Sachsen und Hannover im Jahre 1910 zirka 15 000 Personen teil-

nahmen, „besonders die Frauen und das heranwachsende Geschlecht“ in ihrem „monarchischen Bewußtsein gefestigt“ wurden, ohne daß „den einschlägigen Veranstaltungen eine ausgeprägt politische Spitze“ gegeben wurde. Also politisch waren diese Veranstaltungen doch — nur nicht „ausgeprägt“ politisch! Bei ähnlichen Veranstaltungen der Sozialdemokratie, an denen „das heranwachsende Geschlecht“ teilnimmt, weiß derselbe Reichsverband bekanntlich nicht genug über „Verlegung des Reichsvereinsgesetzes“ zu zeteren und nach Staatsanwalt und Polizei zu rufen. Ja, wenn zwei dasselbe tun!

(Schluß folgt.)

## Der deutsch-schwedische Handelsvertrag.

Die letzte Nummer der „Norddeutschen Allgem. Ztg.“ veröffentlicht die bereits gestern angezeigten Auszüge aus dem deutsch-schwedischen Handelsvertrage nebst allerlei einleitenden und entschuldigenden Erläuterungen, die es verständlich machen sollen, daß es den deutschen Unterhändlern nicht gelungen ist, umfangreichere und größere Zollzugeständnisse herauszuschlagen. Recht begreiflich sind diese Entschuldigungen; denn im ganzen betrachtet, stellt dieser neue Handelsvertrag die deutsche Exportindustrie, namentlich die Eisen- und Stahlindustrie, beträchtlich ungünstiger als der bislang geltende, im Jahre 1906 abgeschlossene Vertrag. Schon in unserem Leitartikel vom 13. April (Nr. 88 des „Vorwärts“) hoben wir hervor, daß Schweden als getreuer Schüler der deutschen Zollpolitik genau nach demselben Rezept verfahren ist, das Deutschland im Jahre 1902 anwandte und das dann auch von Rußland im vergrößerten Maße nachgeahmt wurde. Schweden hat sich für die Vertragsverhandlungen extra einen neuen Zolltarif zurecht gemacht, dessen Zollsätze unter spezieller Berücksichtigung der deutschen Einfuhr in Schweden so hoch gegriffen sind, daß selbst nach Ermäßigungen dieser Zollsätze um 20—30 Proz. doch immer in vielen Fällen ansehnliche Erhöhungen der bisherigen Zölle übrigbleiben.

Mit diesem neuen Zolltarif ausgerüstet, trat Schweden den deutschen Unterhändlern gegenüber, die sich von vornherein insofern in einer ungunstigen Position befanden, als sie aus Rücksicht auf die Machtstellung des ländlichen Großgrundbesitzes in Preußen-Deutschland der schwedischen Landwirtschaft irgendwelche nennenswerte Erleichterungen der Einfuhr schwedischer Agrarprodukte in Deutschland nicht zu bewilligen vermochten, während andererseits die Waren, die Deutschland aus Schweden bezieht, größtenteils aus Roh- und Halbrohstoffen bestehen, welche die deutsche Industrie gar nicht zu entbehren vermag. So hat zum Beispiel in den letzten Jahren ungefähr ein Drittel der ganzen schwedischen Ausfuhr nach Deutschland in dem vorzüglichsten schwedischen Eisenerz bestanden. Und neben solchem Eisenerz bilden Holz, Felle, kohlenfaurer Kalk, Kleie usw. die Hauptartikel, die Schweden nach Deutschland exportiert.

Sicher hätten die deutschen Unterhändler für die deutschen Industrieartikel größere Ermäßigungen der schwedischen Einfuhrzölle durchzusetzen vermocht, wenn sie die Freiheit gehabt hätten, als Äquivalent den südschwedischen Agrariern eine erhebliche Herabsetzung der deutschen Zölle für schwedische Agrarprodukte, die Aufhebung der gegen die schwedische Vieh- und Fleischeinfuhr gerichteten Grenzsperrmaßnahmen und den Fortfall des deutschen Systems der Einfuhrzölle zu bieten; doch alle solche Konzessionen konnten sie infolge der vornehmlich auf das Interesse der Junker zugeschnittenen deutschen Zollpolitik nicht machen — und so blieb nichts anderes übrig, als sich auf allerlei kleine Nebensächlichkeiten zu beschränken, hier und dort etwas abzuhandeln und mit der Einführung eines deutschen Zolls auf Pflastersteine sowie mit starken Zollerhöhungen auf einige andere Artikel der schwedischen Steinindustrie zu drohen. Ziemlich offen gesteht das die „Nordd. Allg. Ztg.“ selbst zu, indem sie schreibt:

„Die günstige Entwicklung unseres Verkehrs mit Schweden drohte der neue schwedische Zolltarif in einer für Deutschland empfindlichen Weise zu unterbrechen, indem Schweden, geleitet von dem Bestreben, seiner Industrie in möglichst weitem Umfange erhöhten Schutz gegen den ausländischen Wettbewerb zu bieten, durchgehends eine erhebliche Steigerung der Zollbelastung vorgenommen hat. Bei den deutscherseits angebotenen Bemühungen, die neuen Zollerhöhungen im Interesse unserer Ausfuhr herabzumindern, mußten sich die Verhandlungen namentlich dadurch von vornherein schwierig gestalten, daß der Ausgangspunkt für die beiden Staaten ein verschiedener war: Schweden ging von den autonomen Sätzen seines erhöhten neuen Tarifes aus, die es als zum Schutze der einheimischen Erzeugung erforderlich ansah und betrachtete demgemäß jedes auch noch so geringe Abweichen davon als ein wesentliches Zugeständnis, Deutschland dagegen mußte seinen Anträgen den derzeitigen schwedischen Zollstand zugrunde legen und Erhöhungen desselben als eine Verschlechterung des Status quo ansehen. Bei dieser Sachlage war eine Einigung über einen neuen Vertrag nur auf einer mittleren Linie möglich, auf der zwar Zollerhöhungen für Schweden verblieben, andererseits aber eine Gefährdung unserer Ausfuhr nach Möglichkeit zu vermeiden versucht wurde. Im allgemeinen dürfte dieses Ziel durch die Verhandlungen erreicht worden sein.“

Die Insertions-Gebühren

Beträgt für die sechsgepaltene Annoncenzeile über deren Raum 60 Wg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 50 Wg. „Kleine Anzeigen“, das heißt die Zeilen für die ersten 10 Wg. (jeweils 2 Zeilen), jedes weitere Wort 10 Wg. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen zeigen das erste Wort 10 Wg., jedes weitere Wort 5 Wg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Es lag nahe, für die Verschlebung der Bilanz zu unseren Ungunsten einen Ausgleich durch Höherhaltung deutscher Zollsätze für wichtige schwedische Ausfuhrartikel zu suchen. In dessen mußte dieses Streben seine Schranke finden in der eigenartigen Gestaltung unseres Bezugs aus Schweden. Schweden führt nach Deutschland in erster Linie solche Waren aus, deren wir für unsere Produktion bedürfen. Von der gesamten schwedischen Ausfuhr nach Deutschland, die sich im Jahre 1900 auf 141,7 Mill. Mark belief, entfielen allein 50 Millionen Mark = 35 Proz. auf Eisenerze, 25,9 Millionen Mark = 18 Proz. auf Bau- und Rohholz, ferner bedeutende Summen auf frische Gerlinge, auf Kalfelle, auf natürlichen kohlen-sauren Kalk, auf Mehl usw.; insgesamt dürften mehr als zwei Drittel unseres Bezugs aus Schweden auf solche Artikel entfallen, hinsichtlich deren im Hinblick auf ihre Bedeutung für die deutsche Produktion oder für die Volksernährung eine Höherhaltung der derzeitigen Zölle nicht in Frage kommen kann oder die bereits zollfrei sind. Von dem übrigen Drittel unserer Einfuhr aus Schweden mußte aber wie, derum der größte Teil deshalb als Ausgleichsobjekt bei den Verhandlungen außer Betracht bleiben, weil er in Waren besteht, für welche die deutschen Zollsätze bereits anderen Staaten gegenüber festgelegt sind und Schweden sich mit der Weisbegünstigung zufrieden erklärte. So verblieb nur eine verhältnismäßig kleine Zahl von Warengruppen, für die Schweden Sonderzugeständnisse verlangt hat, darunter zwei Kategorien, die von größerer wirtschaftlicher Bedeutung sowohl für Schweden wie für Deutschland sind, nämlich die groben Tischlerwaren und die Steinwaren. Bei den groben Tischlerwaren, insbesondere bei Türen und Fenstern, ist es nicht möglich gewesen, den Zollsatz höher zu halten, als er im derzeitigen deutsch-schwedischen Handelsvertrage festgesetzt ist, nämlich auf 4 Mk. pro Doppelzentner, so erwünscht dies auch gewesen wäre; Schweden hat bis zuletzt dabei beharrt, daß es einen Vertrag nicht abschließen könne, in dem nicht für diese Artikel mindestens der Status quo wieder erreicht sei. Das gleiche gilt von der Wiedereinräumung der derzeit bestehenden Zollfreiheit für die Pflastersteine; auch hier würde, nach den bestimmten Erklärungen der schwedischen Regierung, die Ablehnung des schwedischen Antrages unzweifelhaft zum Scheitern des Vertrages geführt haben. Um die Sachlage richtig zu würdigen, muß im Auge behalten werden, daß in Schweden Regierung und Parlament von der Notwendigkeit überzeugt sind, der schwedischen Produktion einen wesentlichen erhöhten Zollschutz zu gewähren, daß aber der neue Handelsvertrag mit Deutschland auf weiten Gebieten Herabsetzungen der Sätze des neuen schwedischen Tarifs enthält; es muß daher ernstlich in Zweifel gezogen werden, ob dieser Vertrag in Schweden Aussicht auf Annahme haben würde, wenn für so wichtige schwedische Ausfuhrartikel, wie grobe Tischlerwaren und Pflastersteine, Zollerschwerungen gegen bisher in Deutschland verblieben. Demgegenüber sind für die übrigen Steinwarengruppen, in denen ein erheblicher Export aus Schweden nach Deutschland stattfindet, Zollerschönungen auf deutscher Seite aufrechterhalten worden; insbesondere ist für die Randsteine für Bürgersteige der Zoll auf 35 statt 25 Pf. und für die schlicht bearbeiteten anderen Steinarbeiten aus Granit, wie Fensterbänke, nicht profilierte Gesimsteile usw. der Zoll von 60 auf 80 Pf. erhöht worden.

Tatsächlich sind denn auch, soweit sich durch eine kurze Vergleichung heute abend feststellen läßt, in dem neuen Handelsvertrag die schwedischen Einfuhrzölle für deutsche Stahlwaren und für deutsche Textilfabrikate meist mehr oder minder beträchtlich erhöht worden; nur für einige feinere Artikel der Metallbranche, die Schweden doch nicht herstellt, sind Zollermäßigungen durchgeführt.

Auch das wird, wenn auch natürlich mit beschönigenden Worten, in dem Artikel der „Nordd. Allgem. Ztg.“ zugestanden:

„Die Verhandlungen unter den derzeitigen Zollständen, die wir bei den Verhandlungen über die neuen schwedischen Zollsätze erreicht haben, sind nicht besonders erheblich. Wenn Schweden für seine Industrie in weitestem Umfange erhöhten Zollschutz schaffen wollte, so müßten naturgemäß unsere Anträge, soweit sie auf ein Herabgehen noch unter die derzeitige Zollhöhe gerichtet waren, besonders lebhaftem Widerstand begegnen; andererseits lag auch für Deutschland die Notwendigkeit vor, in erster Linie die neuen Zollhöherungen möglichst zu beseitigen oder doch herabzumindern, so daß für die Verfolgung von Anträgen auf Verbesserung des derzeitigen Zollstandes nur wenig Raum blieb. Immerhin sind doch mehrere Ermäßigungen der schwedischen Zölle unter den Status quo erreicht worden, so für Perlmutterwaren (1 Kr. statt 2 Kr.), für Briefordner, Schneidmesser und dgl. (50 Cere statt 1 Kr.), für größere Artikel aus Hartpapier zum Haus- oder Büchsengebrauch (50 Cere statt 1,50 Kr.), für Kasten (50 Cere pro Kilogramm statt 50 Cere pro Stück), für baumwollenen Nähwien (35 statt 40 Cere), für emaillierte Blechwaren (40 statt 50 Cere), für Fahrräder (20 statt 25 Kronen), für Fahrradteile (1,60 statt 2 Kr.), für Photographieapparate im Stückgewicht bis 3 Kilogramm (4 statt 5 Kr.), für Metalluhren mit Spielwerk (80 Cere statt 3 Kr.), für Steinuhren (80 Cere statt 1 Kr.) u. a.“

Demnach bedeutet der neue deutsch-schwedische Handelsvertrag eine weitere Erhöhung der Zollmauern zwischen Deutschland und Schweden. Die deutsche agrarische Zollpolitik bezahlt das Fernhalten der südschwedischen Agrarprodukte vom deutschen Markt mit Erhöhungen der schwedischen Einfuhrzölle auf deutsche Industriewaren. Unvermeidlich vollzieht sich, was als Folge der herrschenden deutschen Zollpolitik vorauszusehen war: eine allgemeine handelspolitische Abschließung der Staaten gegeneinander.

## Die liberal-sozialistische Allianz in der Schulkampagne.

Aus Brüssel wird uns geschrieben:

Die Ergebnisse des letzten Parteitagess der belgischen Arbeiterpartei bieten ein auf den ersten Blick scheinbar paradoxes Bild. Auf der einen Seite hat der Kongreß die Tagesordnung Vanderbelde angenommen, die ein Zusammengehen von Liberalen und Sozialisten in der Schulfrage proklamiert; auf der anderen Seite ist nicht zu verkennen, daß sich auf diesem Kongreß sachlich und in psychologischer Hinsicht eine sachte Wendung der Partei nach links vollzogen hat. Man sehe sich z. B. den Beschluß über die Wahlpolitik der Partei an, der sich gegen die Kartelle richtet. Die Kartellpolitik, die allerdings nur den Liberalen Vorteile zuführte, dafür aber die Arbeiterpartei um alle jene Energiekräfte brachte, die mir ein selbständiger und rücksichtslos geführter Wahlkampf einfließt, hat auf dem Kongreß seinen einzigen Ver-

teidiger gefunden und die einstimmig angenommene Resolution De Brouckeres kommt einer gänzlichen Verurteilung gleich. Die Bündnispolitik soll nur ausnahmsweise, in unausweichlichen Fällen platgreifen und auch dann ein Verfahren — die sogenannte Jurisposition — angewendet werden, das die Autonomie der Partei und die Propaganda ihres vollständigen Programms begünstigt. Kann die Resolution, bei der Autonomie, die die Föderationen in der Wahlpolitik genießen, auch nicht mehr als eine dringliche Empfehlung sein, so bleibt bei der einhelligen Annahme der Resolution nicht weniger die moralische Tatsache aufrecht, daß der Parteitag sich mit diesem seinem Beschluß gegen die bisherige Bündnispolitik bei Wahlen, die weder ein Entladen noch ein Uebersehen der Kräfte ermöglichen, ausgesprochen und nach dieser Richtung — an Stelle eines breiten Kampfes der „antikerikalen Oppositionsparteien“ — die Möglichkeit für die Entfaltung des proletarischen Klassenkampfes schafft.

Aber wenn, wie gesagt, der Kongreß in diesem Punkt einen Ausbruch der radikalen Seite angeht, ist sein Beschluß über das taktische Vorgehen im Kampf gegen die Schulkampagne, das einige Marschieren mit den Liberalen, das Segentell? Die Frage könnte schon damit einigermassen eine Verantwortung finden, daß sich auch der radikale Flügel der Partei, freilich nicht ohne „Wenn“ und „Aber“, mit Vorbehalten und Kommentierungen und nach den erfolgten Amendierungen der Resolution Vanderbelde, der Notwendigkeit einer Kampfgemeinschaft mit den Liberalen zum Zwecke der Niederwerfung der Schollaertischen Schulkampagne, gebeugt und für die Resolution gestimmt hat. Niemand wird aber etwa, um in ein persönliches Detail zu gehen, das, indessen für die Beurteilung der Zwangslage der Partei charakteristisch ist, De Brouckere im Verdacht haben, daß er einem taktischen Vorgehen der Partei auch nur bedingt seine Zustimmung geben würde, wenn sich daraus ein Abschwenken von der Methode des Klassenkampfes oder eine Trübung des sozialistischen Prinzips in irgend einem Betracht ergäbe. Daß solche Gefahren freilich bestehen: daß die sich immer mehr zum politischen Schema ausbildende, schließlich in eine „gemeinsame Aktion“ mit dem bürgerlichen Gegner mündende „antikerikale Politik“ das sozialistische Kampfsprogramm allmählich in den Hintergrund schiebt und die psychologisch unvermeidliche Rücksichtnahme auf den Bundesgenossen, der Arbeiterpartei ihren eigenen Kampfscharakter raubt; daß schließlich in der „gemeinsamen Aktion“ die Partei ihre wertvollste Schwung- und Werkkraft einbüßt — auf all das hat De Brouckere mit aller ihm eigentümlichen Schärfe und Logik aufmerksam gemacht. Und er hat auch vom Parteitag Zusicherungen gefordert und erhalten, daß die Partei, ohne Rücksicht auf den Bundesgenossen die brennenden Gegensätze der Alliierten auch während der gemeinsamen Kampagne herborheben und das integrale Arbeiterprogramm mit aller Macht vertreten und verteidigen wird. Andererseits verlangte De Brouckere die Garantie, daß die Arbeiterpartei neben der gemeinsamen Aktion in der Schulfrage — gemeinsames Vorgehen der oppositionellen Kammerparteien und gemeinsame Meetings — ihren eigenen selbständigen Kampf mit Hervorhebung des sozialistischen Standpunktes führen werde. Eine Festlegung in diesem Punkt war um so mehr angebracht, als die Tagesordnung Vanderbelde in dieser Hinsicht eine Fassung bot, die zu Mißdeutungen und Unklarheit hätte Anlaß geben können. De Brouckere beantragte daher die Streichung des Passus, daß sich die Arbeiter der bestehenden Bewegung anschließen sollen — welcher Auffassung sich auch Vanderbelde angeschlossen. Eine weitere Abgrenzung und Klarlegung erhielt die Taktik für die Schulkampagne durch das Amendement Hysmans, das gleichfalls einem von De Brouckere geäußerten Bedenken — die gemeinsame Aktion könnte als Blockpolitik gedeutet werden — Rechnung trug, indem der Satz, „im Einvernehmen mit den bürgerlichen Oppositionsparteien“ folgendermaßen formuliert wurde: „insbesondere im Einvernehmen mit den anderen Oppositionsparteien und allen, die guten Willens sind“.

Mit alledem hat der Kongreß, den Einwendungen und Argumenten der Radikalen Rechnung tragend, gewiß eine Reihe von Vorkehrungen getroffen, um die materiell-sachbaren Fähigkeiten der liberal-sozialistischen Allianz: das Untergehen der sozialistischen Aktion in einer antikerikal-kulturkämpferischen Melange und die Verwischung der Gegensätze zwischen der bürgerlichen und proletarischen Partei, zu bannen oder doch abzugrenzen.

Den Widerspruch eines solchen Bündnisses gerade im gegenwärtigen Moment der Wahlkampagne, auf den De Brouckere und seine Freunde hinwiesen, konnte er damit freilich nicht auflösen, ja er hat ihn im Gegenteil und naturgemäß mit der Betonung all jener Punkte, die die Autonomie der Partei und die Integrität ihres Programms festlegen, erst ins rechte Licht gesetzt. Man vergesse nicht, daß die Partei an den Kampf gegen die Schulkampagne den Kampf für das gleiche politische Recht gefettet hat, dessen Eroberung auch die Resolution Vanderbelde als den Ausgangspunkt der Schulkampagne bezeichnet. In diesem Kampfe ums Wahlrecht nun ist die Arbeiterklasse nicht nur ganz allein auf sich angewiesen — sie muß sich auch, gegen einen Teil wenigstens, ihrer „antikerikalen“ Bundesgenossen wenden, die mit ihr zwar gegen die kerikale Regierung Sturm laufen, aber nichts vom gleichen Recht, wie es die Arbeiterpartei fordert, wissen wollen. Nichts Charakteristischer für diesen Stand der Dinge als das erste „gemeinsame Meeting“ im Madefine-Saale in Brüssel, wo Vanderbelde neben dem liberalen Führer Hysmans über die Schulkampagne sprach. „Das erwartete Wort von der Wahlreform“, sagte Vanderbelde auf dem Kongreß, „blieb aus!“ Herr Hysmans schloß — schwierig über den einen, wichtigsten Punkt, obwohl er es ansonst in dieser Stunde an Schwung und Kampferregung gegenüber dem — Kerikalismus nicht fehlen ließ. Und das ist einer der kommenden Männer, der einmal, wenn der Kerikalismus mit Hilfe der Arbeiter am Boden liegen wird, mit die Fäden führen wird. Der begeisterte Bundesgenosse der Arbeiter im Kampf gegen die kerikale Regierung ist ein bestenfalls verdrossener Schweiger, wenn es sich um das Grundrecht des Arbeiters handelt — wenn er nicht gar der Gegner dieses Rechtes ist. Und wenn, woran ja wirklich auch für Belgien kein Zweifel ist, De Brouckeres Wort wahr ist: daß die Arbeiterpartei auf ihrem Weg die liberale Bourgeoisie

gleichermassen wie die kerikale findet — dann bleibt in dem Kampf, in den jetzt die belgische Arbeiterpartei mit den Liberalen gegen die Schulkampagne, ohne und gegen sie in mehrfacher Hinsicht, für das Wahlrecht auszieht, das ganze Netz der Widersprüche hängen, in das die Bundesgemeinschaft die Proletarierpartei mit der Partei der Bourgeoisie verwickelt. „Vergessen wir, was uns trennt!“ rief Vanderbelde in einem Moment der Begeisterung in dem erwähnten Meeting den Liberalen zu. In dieses Wort anklingend sagte De Brouckere auf dem Kongreß: „Aber was uns von den Liberalen trennt, ist vor allem das Wahlrecht — ist unser ganzes Programm“. Und für dieses Wahlrecht, (das selbst die Demokraten unter den Liberalen, Janjon, Lorand usw., nur in der verästeltesten Form eines Pluralvotums und vom fünfundsiebzigsten Jahre an geben wollen) für dieses Programm zieht die Partei, entsprechend der Parole des Parteitagess, in den Kampf — in einen Kampf, in dem sie gleichzeitig mit ihrem schärfsten Gegner dieses Programms, mit den Mandatsträgern und hartgesottensten Gegnern sozialer Reformen, mit gegen die kerikale Regierung und das Schulkampagne Sturm laufen muß! Für die Aufhebung dieses Widerspruchs gäbe es nur die Rettung des in der politischen Psychologie der Situation wohl begründeten „Vergessen wir, was uns trennt!“ Zu dieser Auffassung hat sich aber niemand auf dem Parteitag, auch um den Preis des eigenen Widerspruchs, seiner verstanden und die Partei wird mit dem von der politischen Not ihr aufzuerzwungenen Bundesgenossen in den Kampf ziehen, ohne zu vergessen, daß diese seine — Gegner sind.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Mai 1911.

### Hilfskassengesetz und Impffrage.

Aus dem Reichstag, 3. Mai. Auch das Hilfskassengesetz, das heute zur ersten Lesung stand, ist ein Ergänzungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung. Durch Aufhebung des bestehenden Hilfskassengesetzes soll der Regierung die Vollmacht gegeben werden, auf die Hilfskassen einen größeren Einfluß auszuüben als bisher, indem die Hilfskassen künftig dem Aufsichtsamt für Privatversicherung unterstellt werden. Als Hauptmotiv wird dafür angegeben, daß es nur so möglich sei, den zu Ausbeutungszwecken gegründeten Schwindelkassen entgegenzutreten.

Zu der Diskussion wies Genosse Stadthagen auf die Gefährlichkeit auch dieser neuen Regierungsvollmacht hin. Auch sei zu befürchten, daß die Vollmacht zu arbeiterfeindlichen Projekten ausgenutzt würde. Jetzt schon könne gegen Schwindelkassen vorgegangen werden. Leider hätten aber gerade sozialdemokratische Organe die üble Erfahrung gemacht, daß Redakteure, die vor Schwindelkassen gewarnt hätten, deshalb noch obendrein wegen Verleumdung bestraft worden seien.

Genosse Stadthagen hatte während seiner Rede bereits mit heftigem Unwohlsein zu kämpfen. Leider verschlimmerte sein Zustand sich derart, daß er in ein Krankenhaus übergeführt werden mußte.

Im Verlaufe der Diskussion trat dann der national-liberale Herr Weber für die Regierungsvorlage ein. Er verurteilte Stadthagens Nachweis, daß sozialdemokratische Redakteure wegen Darbringung vor Schwindelkassen wegen Verleumdung bestraft worden seien, dadurch zu enträften, daß er einwarf, Schwindelkassen kämen doch überall in allen Organisationen und Parteien vor. Genosse Emmel, der dagegen in heftigen Worten protestierte, holte sich einen Ordnungsruf.

Genosse Ledebour wies in kurzen Worten den Weberischen Jureföhrungsversuch zurück, denn eine Jureföhrung sei es, wenn die Frage der Bekämpfung der zu schwindelkerischen Zwecken gegründeten Kassen dadurch verschleiert würde, daß man von privaten Schwindelkassen einzelner Personen spreche.

Auch diese Vorlage wurde dann der Verfassungskommission überwiesen.

Das Haus erledigte dann eine große Anzahl von Petitionen den Anträgen der Petitionskommission gemäß ohne weitere Diskussion, um dann in die Erörterung derjenigen Petitionen einzutreten, zu denen Wortmeldungen vorliegen. Das Haus kam jedoch nicht über die Erörterung der Impffrage hinaus, da diese bereits vor den Ferien erörtert, von den Regierungsvertretern und einer Anzahl Abgeordneter abermals ausführlich erörtert wurde. Bei dem für und Wider spalteten sich sämtliche Fraktionen. Schließlich wurden indes alle von einzelnen Mitgliedern des Hauses gestellten Anträge abgelehnt und schließlich der Antrag der Kommission auf Uebergang zur Tagesordnung über die impfgegnerischen Petitionen angenommen.

In der gestrigen Mitteilung „Aus dem Reichstag“ ist ein sinnentstellender Druckfehler zu berichtigen. In dem letzten Absatz muß der zweite Satz heißen:

„Regierer hatte am Tage vor den Ferien Sebering einen Ordnungsruf erteilt, weil er Bemerkungen in „Marinerundschau“ (nicht: „des Marinesekretärs“) als erlogen hingestellt hatte.“

### Rückschritt auf allen Gebieten.

Das preussische Abgeordnetenhaus macht jetzt schnelle Arbeit. Die Dreiklassenwahlmänner haben sich in den Ferien so erholt, daß sie täglich eine ganze Reihe von Gesetzen und Anträgen erledigen. An sich wäre das ja kein Schaden, wenn nur nicht die ganze Gesetzesmacherei einen so ungemein reaktionären Charakter hätte. Die Mehrheit des Abgeordnetenhauses erblickt ihren Stolz darin, der Welt zu zeigen, daß sie imstande ist, die reaktionäre preussische Gesetzgebung noch reaktionärer zu gestalten.

Zunächst beriet das Haus am Mittwoch das Ausführungsgesetz zum Viehschutzengesetz, dessen volksfeindliche Tendenzen Genosse Leinert in trefflicher Weise schilderte. Trotz des grundsätzlichen Einverständnisses der sozialdemokratischen Fraktionen brachte er doch eine große Reihe bemerkenswerter Bedenken dagegen vor. Vor allem verlangte er, daß das Gesetz seines agrarischen Charakters entseidet und daß den kleinen Landwirten ein größeres Entgegenkommen bewiesen werde. Die Mehrheitsparteien begrüßten die Vorlage natürlich; nur Herr Fischbein von der fortschrittlichen Volkspartei gestellte sich zu der sozialdemokratischen Opposition. Der Minister Herr v. Schorlemer sagte die gegen die Vorlage erhobenen Einwände zu entkräften. Insbesondere suchte er es so darzustellen, als ob der Entwurf, der schließlich einer besonderen Kommission überwiesen wurde, die Interessen der kleinen Besitzer berücksichtige,

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten gelangte hierauf ein Antrag Hammer (l.) auf Einschränkung der Wanderlager zur Annahme. Es handelt sich hierbei wieder um eines jener verfehlten Mittel, durch die angeblich der Mittelstand vor dem Untergang bewahrt werden soll. Die Sozialdemokraten, deren Standpunkt Genosse Hoffmann vertrat, machten diesen Eingriff in die Gewerbetreibenden nicht mit; sie sind, wie ihr Redner ausführte, zwar bereit, Auswüchse zu bekämpfen, aber hinterläßt die Warenlager abzumachen, dazu geben sie sich nicht her.

Ebenso reaktionär war ein weiterer Antrag Hammer, der die „Dividenden“ der Konsumvereine bekämpfen will. Hier wetteiferte der schwarz-blaue Bloß förmlich in Mittelstandsfreundlichkeit, und auch die bürgerliche Linke scheute sich nicht, dies etelchaste Dahlen um die Stimmen der kleinen Gewerbetreibenden mitzumachen. Einen streng ablehnenden Standpunkt nahm nur unsere Fraktion ein, in deren Namen Genosse Hirsch gegen dies neue Ausnahmengesetz gegen Konsumvereine Protest erhob und das Wesen der sogenannten Dividenden erläuterte, die in Wirklichkeit nichts anderes sind als Rückzahlungen des zuviel gezahlten Preises. Auch dieser Antrag ging an eine Kommission.

Am Donnerstag soll zuerst der Antrag auf Einstellung des Verfahrens gegen Lieblucht und dann kleinere Vorlagen beraten werden.

### Arbeitsplan des Reichstages.

Der Seniorenkonvent kam in seiner heutigen Sitzung überein, die zweite Lesung der Reichsversicherungsordnung Freitag auf die Tagesordnung zu setzen. Die Beratung soll paragraphenweise stattfinden. Vor Pfingsten sollen keine freien Tage mehr eintreten. Man glaubt auf diese Art die Beratung der Vorlage in zweiter und dritter Lesung beenden zu können. Zwischen durch soll auch noch der schwedische Handelsvertrag und eine Anzahl kleinerer Vorlagen ihre Erledigung finden.

### Religion in den Fortbildungsschulen.

Im preussischen Abgeordnetenhaus hat die Kommission zur Beratung des Pflichtfortbildungsschulgesetzes nach sehr langer Beratung über den § 1 der Vorlage beschloffen, in den Fortbildungsschulen den obligatorischen Religionsunterricht auf konfessioneller Grundlage einzuführen. Gegen diesen Antrag, der von konservativer Seite eingebracht worden war, stimmten die Nationalliberalen, Freikonservativen, Fortschrittler und auch zwei Konservative. Da aber die Zusammenfassung der Kommission der Rechte außerordentlich günstig ist, wurde dieser Beschluß mit 11 gegen 8 Stimmen gefaßt, obgleich sich auch die Regierung wiederholt gegen ihn gewandt hatte. Das Zentrum hatte auf das Beispiel Bayerns und Württembergs verwiesen, worauf die Regierungsvertreter betonten, gerade die dortigen Erfahrungen mit dem Religionsunterricht hätten die Regierung bestimmt, jenes Beispiel nicht nachzuahmen. — Die sozialdemokratische Fraktion ist in dieser Kommission nicht vertreten. — Es wurde noch beschloffen, wöchentlich eine halbe Stunde für den Religionsunterricht zur Verfügung zu stellen.

### Ordnung oder Willkür.

In der Plenarsitzung des Reichstages am Mittwoch, den 3. Mai, sollte ohne Diskussion eine Beschlußfassung über den Einspruch gegen einen am 4. April erteilten Ordnungsdruck auf Grund des § 80 Abs. 4 der Geschäftsordnung herbeigeführt werden.

Da jedoch der Protest zurückgezogen wurde, kam die Schnapsblockmajorität dadurch in die für sie sehr angenehme Lage, wieder für noch gegen den zweiten Vizepräsidenten, der den angeforderten, total und berechtigten Ordnungsdruck verhängt hatte, etwas unternehmen zu müssen. Trotzdem — wenn nicht vielleicht deswegen — lohnt es sich, wieder einmal auf die Art der Geschäftsführung im Reichsparlament aufmerksam zu machen. Ist doch das jetzige Präsidium geradezu ein reaktionäres Unikum. Der Verlauf der letzten Sitzung vor den Ferien bietet hierzu allein schon eine ganz ausreichende Illustration.

Der Willkürdiktat für 1911 wurde im Geschwindtempo erledigt. Die erste und zweite Lesung wurden zu spät in Angriff genommen. Schon in der zweiten Lesung wurde das Tempo stark beschleunigt und bald überhastet; in der dritten Lesung herrschte unter Leitung des Präsidiums eine wüdelose Hast und eine alles sachliche Interesse verschlingende oder ausschließende Unruhe vor, die stierhaft wuchs und tomelnd dem Ende zujogte. Der Zweck war eben das Ende. Wer sich dem durch eine Rede entgegenzustellen wagte, wurde als Störenfried und Feind schonungslos behandelt. Haben unter solchen Umständen die sozialdemokratischen Redner vornehmlich einen schmerzlichen Stand, so wird er noch ganz erheblich durch die eigenartige Zusammensetzung, die Unfähigkeit und Nervosität des jetzigen Präsidiums erschwert.

So geschah es am letzten Tage der dritten Stagesung in der 183. Sitzung, am 4. April, daß der Präsident und seine beiden Helfer etwa 30 — dreißig — mal in die Debatte eingriffen. Darunter war jedoch nur ein einziger Eingriff parlamentarisch gerechtfertigt, während alle übrigen 29 Unterbrechungen sich als ordnungswidrig und unzulässig oder offenbar parteiisch erwiesen. Der Präsident selbst, von Schwerin-Löwlich, kommt dabei am besten weg. Er unterbrach einen konservativen und einen antisemitischen Redner nach Seite 6237 bis 6240 im ganzen dreimal, zweimal unberechtigt, einmal durch parlamentarischen Gebrauch gerechtfertigt. Schlechter schon schändet der Herr Wize Schulz ab. Er verließ gegen einen Freisinnigen und zwei Sozialdemokraten zusammen zehn sehr hörende und absolut unfaßliche Unterbrechungen, von denen die eine den Freisinnigen, die übrigen neun die Sozialdemokraten betrafen. Man vergleiche im Stenogramm Seite 6222, 6228, 6232.

Am stärksten wird der Herr Spahn als Wize in bezug auf seine Unparteilichkeit bemängelt. Nicht ohne Grund. Während der Präsident zwei und Herr Schulz in seiner Vereitelung zehn unzulässige Unterbrechungen der Redner erteilte, brachte es Herr Spahn — Bonn in der gleichen Sitzung auf siebzehn, was im Verhältnis auf den Seiten 6203 bis 6203 eine amüsanle Leistung abgibt. Sedgeln dieser sinnlosen und ordnungswidrigen Präsidialunterbrechungen richteten sich gegen drei sozialdemokratische Redner und eine gegen ein Mitglied des Zentrums. Obgleich nur ein einziger, und zwar ein sehr harmloser Zwischenruf im Hause gefallen war, leitete Herr Spahn seine Tätigkeit mit der Überflüssigen, ja ungehörigen Mahnung ein, „alle Zwischenrufe zu unterlassen“.

Einen der sozialdemokratischen Redner, der die militärischen Nebenfonds im Königreich Sachsen einer streng sachlichen Kritik unterzog und der auf Grund des Reichseigentumsgesetzes vom 25. Mai 1873 diese Steuern als Reichseigentum für das Deutsche Reich reklamierte, unterbrach und drangsalierete Herr Spahn mit schalldem Worten, Gebärden und kampfhaftem Glodenschwingen nicht weniger als zehnmal. (St. V. S. 6211—13.) Er schien anzunehmen, oder gab vor, zu glauben, daß es sich dabei um rein sachliche Punkte und somit um eine rein sachliche Landesangelegenheit handelte. Von unserem Redner (hart) zurückgewiesen und wiederholt widerlegt, kam er immer wieder auf die alte Fellei zurück, indem er an die vorangegangene unparlamentarische Störung eine neue sinnlose Unterbrechung reihte, ohne jede Rücksichtnahme auf den anständigen traditionellen Brauch, ohne Rücksicht auf den wichtigen Gegenstand selbst und auf die selbstverständliche Pflicht der Unparteilichkeit.

Solche Vorgänge führen schließlich zu einer Degradation des Parlaments. Sie bedeuten die Demasierung am Ende eines

jahnterhellen Komödie. Demgegenüber ist doch zu bedenken, daß der Reichstag kein parlamentarischer Kindergarten zu stromer Aufzucht und Belehrung ist, und daß der den Präsidenten vertretende Abgeordnete kein Jesuitenpater sein soll, der nach Gutdünken die Herde vor angeblichen Verirrungen und vorgeblichen Entgleisungen zu hüten hat.

Im ganzen sind also rund 30 — dreißig — der gekennzeichneten Unterbrechungen in nur einer Sitzung vorgekommen, die sich wie folgt auf die Parteien verteilen: Die Freisinnigen 1, die Antisemiten 1, das Zentrum 1, die Konservativen 2, die Sozialdemokraten 25. Darunter erfolgten drei Ordnungsrufe — wohl zu beachten — kein Ruf zur Sache. Da nun die rednerische Ausrufung auf einen Ordnungsruf, der in der Tat berechtigt war, sofort rebiziert wurde, so blieben unter den 30 Unterbrechungen nur zwei übrig, die nach der Geschäftsordnung eine regelrechte Beschwerde bei dem Reichstag ermöglichen hätten; während gegen die übrigen präsidialen Kinderereien und Liebergriffe dem einzelnen Abgeordneten kein solches geschäftsordnungsmäßiges Beschwerderecht zuzicht.

Das ist ein auf die Dauer ganz unerträglicher Zustand, ein größlicher Unfug, dem allerdings der Schnapsblock-Reichstag kein Ende bereiten wird, der aber die Aufmerksamkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf das lebhafteste beansprucht. Es ist sicher eine ihrer schwierigsten Aufgaben, dieser politischen Würdelosigkeit und Anmaßung, sowie dieser parlamentarischen Parteilichkeit gegebenenfalls den stärksten Protest und den entschiedensten ausdauernden Widerstand entgegenzusetzen, um die parlamentarische Ordnung und die verfassungsmäßig garantierte Freiheit der Rede zu schützen.

### Verfassung der höheren Schulen.

Seit in Deutschland der Schnapsblock regiert, ist der wachsende Einfluß des Alters auf das gesamte Schulwesen in Preußen unverkennbar. Die Volksschulen werden wieder in erhöhtem Maße der direkten Aufsicht der Geistlichkeit unterstellt, die Fortbildungsschulen sollen einen obligatorischen Religionsunterricht erhalten, der für die Schüler der höheren Lehranstalten durch eine Verfügung der königlichen Behörden vom 27. Juni 1910 bereits vorgeschrieben worden ist. Allerdings, auch früher schon gehörte der konfessionelle Unterricht auf den höheren Schulen zu den vorgeschriebenen Lehrfächern, aber man ließ eine gewisse Nachsicht walten. Den dem Pflichtschulalter entwachsenen Schülern stellte man es frei, sich selbst vom Religionsunterricht zu befreien oder aber, ganz unabhängig von der Konfession ihrer Eltern, an irgendeiner beliebigen Religionsstunde teilzunehmen. Damit ist es nun vorbei — wohl auf Kommando der Ultramontanen, die doch für ihre Schnapsblockbegeisterung bezahlt werden wollen. In einem uns vorliegenden Jahresbericht einer Volksschule heißt es unter dem Titel: „Aus den Verfügungen der Behörden“:

„37. Juni 1910. Dissidenten, die ihre Kinder zum Schulbesuch anmelden, sind vor der Aufnahme darauf hinzuweisen, daß diese nur dann stattfinden kann, wenn der Teilnahme der Schüler an allen obligatorischen Lehrgegenständen seitens der Eltern kein Widerspruch entgegengestellt wird und daß der konfessionelle Religionsunterricht ein obligatorischer Unterrichtsgegenstand der höheren Schule ist, von dem ohne Nachweis genügenden Ersatzunterrichts Schüler nicht dispensiert werden können.“

Wir haben die Stellen, worauf es ankommt, ausgezeichnet. Sie lassen die schwarze Hand erkennen. Man sieht: die Regierung sucht vor den Merkmalen! Es wird wohl noch soweit kommen, daß jeder Lehrer den Modernisteneid, jeder Kandidat das Taufgelübde und Glaubensbekenntnis sowie den Schwur unterdrücklicher Treue — zum Schnapsblock ablegen muß!

### Mißerfolge der Polenbekämpfung.

Nach einer Uebersicht der Korrespondenz für die deutsche Ostmark\* sind seit Mitte September 104 deutsche Güter und Bauernwirtschaften mit einer Gesamtfläche von 40 805 Morgen im Werte von 15 Millionen Mark von deutscher in polnische Hand übergegangen. Davon entfallen 42 Grundstücke (18 auf Polen und 24 auf Bromberg) auf die Provinz Polen, 39 auf Westpreußen, 15 auf Ostpreußen und 8 auf Schlesien. Am 22. September berichteten wir, daß seit Mitte April 1910 im ganzen 110 deutsche Güter und Bauernwirtschaften dem Deutschen verloren gegangen seien. Davon entfielen auf die Provinz Polen 69 (Regierungsbezirk Bromberg 35 und Regierungsbezirk Posen 24), auf Westpreußen 35, auf Ostpreußen 9 und auf Schlesien 7 Grundstücke. Im ganzen waren also damals in fünf Monaten an deutschem Besitz rund 50 000 Morgen im Werte von 17 bis 18 Millionen Mark in den vier Provinzen verloren gegangen. Insgesamt sind hiernach seit Mitte April 1910 bis Ende April 1911 im Laufe eines einzigen Jahres 214 deutsche Besitzungen mit einer Gesamtfläche von 90 000 Morgen im Werte von 33 Millionen Mark dem Deutschen verloren gegangen und in polnische Besitz gelangt. Bei den Verlusten seit September 1910 handelt es sich um 12 große Güter in einem Umfange von 24 746 Morgen, ferner um 51 Bauerngüter, 19 kleinere Güter und 8 Parzellen.

Die eifrigen Bemühungen der Polen, deutschen Grundbesitz aufzukaufen und an polnische Kleinbesitzer zu parzellieren, sind nur eine naturnotwendige Gegenaktion gegen die katastrophale Politik des systematischen Auskaufens der Polen. Anzahllose Millionen, die aus dem preussischen Steuerfiskus fließen, sind nun bereits für diese „Erbelungspolitik“ vergeudet worden, mit dem Erfolge, daß die Polen jeden Fußbreit verlorenen Arealis anderweitig wieder in ihren Besitz bringen. Dazu kommt dann noch die durch das Auskaufen polnischer Bauern geförderte Ueberflutung westlicher Provinzen mit polnischen Industriearbeitern, die ihre Nationalität auch in der neuen Umgebung trotz aller behördlichen Schikanen hartnäckig zu behaupten wissen. Das nennt sich dann „Germanisierungspolitik“!

### Polizeistunde gegen die Malfeyer.

In Brühl bei Köln sollte am Abend des 1. Mai eine Feier stattfinden. Am Nachmittag erhielt der Wirt des Versammlungsortes einen Brief des Polizeikommissars Lautenberg, in dem ihm und zu wissen getan wurde, daß für diesen Tag und nur für dies Lokal die Polizeistunde auf neun Uhr festgesetzt wurde, da die meist ganz jugendlichen Teilnehmer dieser Feier zu Ausschreitungen zu neigen scheinen. Um jener Maßregel gegen die Malfeyer Nachdruck zu geben, hatte man die städtische Polizei durch Gendarmen verstärkt! Man erreichte dadurch aber nur, daß sich die Malfeyer in Brühl zu einer Demonstration gestaltete, wie sie ohne Hilfe der Polizei nicht zustande gekommen wäre. Trotzdem werden unsere Genossen dafür sorgen, daß das Vorgehen der Brühler Hochwohlgebildenen noch weitere Folgen haben wird.

### England.

#### Eine Minimallohndebatte im englischen Parlament.

Aus London wird uns geschrieben: Im Unterhaus fand vorige Woche eine interessante Debatte über einen allgemeinen Minimallohn statt. Der Arbeiterpartei-Creeks, ein Mitglied der Fabianischen Gesellschaft, hatte folgende Resolution eingebracht:

„Das Recht jeder Familie im Lande auf ein Einkommen, das genügt, die Familienmitglieder in Anstand und Bequemlichkeit zu unterhalten, muß anerkannt werden, und dieses Haus ist deshalb der Ansicht, daß ein allgemeiner Minimallohn von 30 Schilling (30 M.) die Woche für jeden erwachsenen Arbeiter (worker — Arbeiter, Arbeiterin) gesetzlich festgelegt werden muß, und erklärt auch, daß die Regierung mit dem Beispiel vorangehen sollte, indem sie diesen Lohnsatz in ihren Betrieben anerkennt.“

Creeks führte zur Begründung seiner Forderung die von der Regierung selbst als Existenzminimum angegebenen

Summen ins Feld. Er zeigte, wie die Regierung für den Unterhalt (Nahrung) eines Soldaten wöchentlich 5 Schilling und 7 Pence (5,68 M.) ausbehalte und wie die Nahrungskosten der Kinder, die der Pflege des Ministeriums für Lokalverwaltung anvertraut sind, von den Kerkern der Regierung auf 2 Schilling und 3 1/2 Pence (2,33 M.) die Woche festgesetzt worden seien. Diesen Ziffern stellte er das Haushaltungsbudget einer gewöhnlichen Londoner Arbeiterfamilie gegenüber, deren Einkommen 27 Schilling beträgt. Die wöchentlichen Ausgaben dieser Familie setzen sich wie folgt zusammen:

Miete 8 Sch. Kohle 1 Sch. 4 P. Verschiedene Artikel und Licht 1 Sch. 6 P. Kleider 1 Sch. 2 P. Krankenkasse 1 Sch. Versicherung 1 Sch. Altersversorgung 1 Sch. Nahrung (4 Personen) 12 Schilling.

Der Redner führte ferner aus, daß es selbst bei einem Lohn von 30 Schilling die Woche schwer sei, ein anständiges und menschenwürdiges Dasein zu führen. Diejenigen, die so viel von der Verteidigung des Reiches redeten, möchten bedenken, daß die Grundlagen des Reiches in den Rücken der Arbeiterfrauen zu suchen seien.

Die Resolution wurde von Thorne unterstützt, der die Regierung aufforderte, dem Beispiel verschiedener Städte, worunter sich auch sein Wahlkreis, West Ham, befände, zu folgen, die schon den in der Resolution geforderten Minimallohn angenommen hätten. Von liberaler Seite wurde der Antrag von dem Fabier Chiozza Money unterstützt. Dieser wies darauf hin, daß die Resolution durchaus keine revolutionäre Forderung enthalte. Die Berechtigung eines gesetzlich festgelegten Minimallohnes habe der Staat schon in dem Besetze über die Beseitigung des Schwitzsystems anerkannt. Während der letzten 15 Jahre seien die Löhne in einer gewissen Gruppe wichtiger Industrien um 13 Proz. gestiegen; zu gleicher Zeit seien aber auch die Preise der Nahrungsmittel im Kleinverkauf um 18 Proz. gestiegen. Es habe mithin in Wirklichkeit ein Sinken der Löhne stattgefunden. Diefem Sinken der Löhne siehe ein gewaltiges Anwachsen der steuerpflichtigen Einkommen (über 160 Pfund Sterling) gegenüber, wie aus den Ziffern der Einkommensteuerveranlagung hervorgehe. Die Gesamtzunahme der hohen Einkommen sei doppelt so groß als die Summe, die notwendig sei, um den Minimallohn einzuführen. Hohe Löhne, so erklärte dieser angefehene Nationalökonom, sind ökonomisch vorteilhaft für die Nation. Er forderte eine stets weitere Ausdehnung des Minimallohns, bis er in allen Industrien des Landes eingeführt worden sei.

Der Regierungskredner, der parlamentarische Sekretär des Handelsministeriums, brachte dem Antrage wenig Sympathie entgegen. Er wies auf die großen Kosten, die die Annahme der Resolution verursachen würde. Von 7 000 000 Personen, deren Einkommen bekannt sei, verdienten 60 Proz. weit weniger als 30 Schilling die Woche. Die Einführung des vorgeschlagenen Minimallohnes würde die Produktionskosten erhöhen und der ausländischen Konkurrenz Vorteile bringen. Die Höhe der Löhne müsse sich nach Angebot und Nachfrage richten.

Leider kam es nicht zur Abstimmung, da es der Dauerredner und Handwurst der konservativen Partei, Sir J. B. A. B. B. B., für gut fand, die Resolution „hinauszureden“, das heißt die zur Diskussion der Resolution festgesetzte parlamentarische Zeit zu überschreiten und dadurch die Abstimmung zu verhindern.

### Marokko.

#### Der französische Operationsplan.

Paris, 3. Mai. „Figaro“ will wissen, der von der Regierung bezüglich des Marsches nach Fes gefaßte Plan bestehe darin, die Kolonne bis nach Sidi Walek den Khedda, zwei Tagesmärsche von Fes, zu schicken. Dort werde der Befehlshaber der Kolonne mit der Hauptstadt, dem Oberstleutnant Rangin und dem Major Brémond die Verbindung herstellen und die eingeborenen Truppen des Schaughajebies dem Sultan zur Verfügung stellen, um das ganze Gebiet zu beruhigen. Sobald die Ruhe wieder hergestellt und die Hauptstadt entsetzt sei, würden die Truppen den Rüdmarj nach der Küste antreten.

### Amerika.

#### Ein Ministerium für Arbeit.

Der Kongreßdelegierte Sulzer hat einen Antrag auf Erriichtung eines Arbeitsministeriums eingebracht. Neben einem Staatssekretär sollen drei Unterstaatssekretäre angestellt werden. Den letzteren soll die Bearbeitung der einzelnen Industriegruppen zugeteilt werden. Eine weitere Aufgabe derselben wäre das Vermitteln Eingreifen bei Streikbewegungen, Bildung von Schiedsgerichten usw.

#### Der Schiedsvertrag mit England.

Washington, 3. Mai. In Gegenwart des Präsidenten wurden gestern im Kabinett verschiedene Entwürfe eines englisch-amerikanischen Schiedsgerichts-Vertrages besprochen. Später legten Staatssekretär Knox und die Beamten des Staatsdepartements die Beratung über die Feststellung des Textes fort. Am Abend erklärte Präsident Taft, daß noch kein Entwurf endgültig angenommen worden sei, und daß Wochen vergehen könnten, bevor der Vertrag dem Senat oder Großbritannien zur Ratifikation vorgelegt werden könne.

#### Die Lage in Mexiko.

New York, 3. Mai. Nach einem Telegramm aus El Paso ist der Friedensunterhandlungen mit den Aufständischen bevollmächtigte Vertreter der mexikanischen Regierung, Carabaja, dort eingetroffen. Die Verhandlungen begannen am Mittwoch in einem Zelt auf der mexikanischen Seite des Rio Grande zwischen Juarez und dem Lager der Aufständischen. Der Waffenstillstand ist um fünf Tage verlängert worden.

Trotz der Verhandlungen dauern aber die Kämpfe im Innern fort. Madero scheint die Führung über die revolutionäre Bewegung nicht mehr unbedingt innezuhaben. Es heißt, daß die Hauptstadt selbst gefährdet ist.

Wie aus Washington telegraphiert wird, sind die an den Präsidenten der Vereinigten Staaten gelangten Berichte über die Zustände in Mexiko wenig befriedigend. Das Kabinett hielt gestern eine Beratung über die dortige Lage ab.

#### Friedliche Beilegung von Grenzstreitigkeiten.

Washington, 3. Mai. (W. T. C.) Die Regierungen von Santo Domingo und Haiti haben ihre Gesandten in Washington angewiesen, ein Protokoll zu entwerfen und zu unterzeichnen, demzufolge der Grenzstreit zwischen beiden Staaten einem Schiedsgericht zur Entscheidung überwiesen werden soll. Die Streitfrage wird wahrscheinlich dem Schiedsgericht im Haag vorgelegt werden.

# Gewerkschaftliches.

## Die Aussperrungen wegen der Maifeier.

In der bürgerlichen Presse werden ganz willkürlich Zahlen über den Umfang der Maifeier-Aussperrungen angegeben. Wie unzutreffend diese Angaben sind, geht schon allein daraus hervor, daß 9000 Aussperrte in Groß-Berlin gemeldet werden, von denen 3000 Holzarbeiter und ebensoviel Bauarbeiter sein sollen. Nach unseren gestrigen Angaben, die wir von der Organisation der Holzarbeiter haben, beträgt die Zahl der Aussperrten reichlich doppelt so viel, während keine 3000 Bauarbeiter ausgesperrt sind. Die Zahl der ausgesperrten Bauarbeiter ist schwer zu ermitteln. Von „Aussperrung“ kann überhaupt nicht geredet werden; es handelt sich hier eigentlich nur um einen Arbeitswechsel. Die Maifeiern wurden einfach entlassen. Der Arbeitsnachweis des Unternehmerverbandes ist auf drei Tage geschlossen. Die Arbeiterorganisation kann genaue Angaben nicht machen, da die wegen der Maifeier Entlassenen sich als arbeitslos melden und in den Listen nicht getrennt geführt werden.

Holzarbeiter sind in verschiedenen Städten ausgesperrt. Bis jetzt liegen folgende Angaben vor: Außer den circa 6700 in Berlin Aussperrten sind in Hannover 600, in Königsberg i. Pr. 500, in Stuttgart 30 und in Augsburg 16 Arbeiter ausgesperrt. — In Bremen drohen wegen der Maifeier-Aussperrung größere Differenzen auszubrechen. Die Holzarbeiter wollen die Aussperrung mit Stellung von Forderungen beantworten. Die Verbandsleitung kann dazu die Zustimmung nicht erteilen, da ein solches Vorgehen statutarisch unzulässig ist.

Die Metallarbeiter sind in größerer Anzahl in Hamburg ausgesperrt. Auf der Vulkan-Werft, die etwa 2500 Arbeiter beschäftigt, ist die Arbeitsruhe am 1. Mai eine fast vollständige gewesen, nur etwa 80 Personen haben gearbeitet. Die übrigen sind auf 10 Tage ausgesperrt.

Außerdem sind, wie gemeldet, Metallarbeiter in Bremen und Braunschweig ausgesperrt. — Genaue Zahlen liegen noch nicht vor.

### Berlin und Umgegend.

#### Streifbrecher als Revolverhelden.

Wie jene nützlichen Elemente, die der Staat und die Unternehmer unter ihrem besonderen Schutz zu nehmen pflegen, die öffentliche Sicherheit und Ordnung respektieren, beweist ein Vorgang, der sich gestern vormittag gegen 11 Uhr in der Pafemallers Straße zugetragen hat und der leicht zu einem entsetzlichen Unglück hätte führen können. In der genannten Straße Nr. 3 befindet sich das Lokal von Preppernau, vormals Hoffmann. Gegenüber liegt eine Gastwirtschaft, die dem Hausbesitzer Hennig gehört. Dort sollen sich um diese Zeit einige Streifbrecheragenten nebst Arbeitstücheln aufgehalten haben. Auf eine bis jetzt nicht näher aufgeklärte Weise entstand nun zwischen einem Arbeitstücheln-Bermittler und einem anderen Gast ein Wortwechsel, in dessen Verlauf der betreffende Gast das Lokal verließ und die Straße entlang ging, indem er sein Fahrrad führte. Sein Gegner war ihm aber gefolgt und feuerte aus kurzer Entfernung drei scharfe Revolverschüsse auf ihn ab! Die Kugeln gingen zum Glück fehl: die eine durchschlug die Fensterscheibe der Gastwirtschaft von Preppernau und wurde durch ein lose stehendes Messerschild aus Blech aufgehalten. Dieses Schild verhielt ein großes Unglück, denn Herr Preppernau spalte gerade am Fenster Bläser. Die zweite Kugel zerstückte die Scheibe des obersten Flügels eines Fensters im ersten Stock des Nebenhauses, wo eine Frau mit ihrem Kinde, die Inhaberin der Wohnung, am Fenster stand. Dieses Geschick schlug ein rundes Loch in eine Scheibe und zerstückte auch eine zweite. Von dem dritten Schuß konnten die Spuren noch nicht festgestellt werden.

Ein Polizeiwachtmann hat die eine Kugel an sich genommen, nachdem er in Gegenwart von Zeugen erklärt hatte, dieselbe wieder an den Gastwirt abliefern zu wollen. Der Täter, der mit zur Wache kam, wurde gleich darauf wieder entlassen.

In der Gegend des Schauspielplatzes herrscht natürlich große Erregung, zumal der Schießheld in keiner Weise bedrängt worden ist, sondern nach übereinstimmender Aussage von Zeugen ganz allein stand.

**Achtung!** Wir machen darauf aufmerksam, daß die Werkstube von Polenz G. m. b. H. wegen Mahregulung des Vertrauensmannes für alle in der Schildermalerei in Frage kommenden Branchen gesperrt ist.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten!

**Schulmache!** Bei der Firma Schröter, Kopenstr. 81, sind die Zwider wegen angeblicher Einstellung des Betriebes entlassen worden. Da es sich anscheinend um Mahregulungen handelt, ist der Betrieb für Zwider bis auf weiteres gesperrt.

#### Die Drittverwaltung.

In der Eisenkonstruktionswerkstatt von Hein, Lehmann u. Cie. in Reinickendorf stehen die Arbeiter der Abteilung Signalbau seit dem 29. April im Streik. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesem Betriebe sind derartige, daß man sich wundern muß, daß trotz der niedrigen Löhne bei 10stündiger Arbeitszeit es immer noch Arbeiter gibt, die hier um Arbeit nachfragen. Die Forderungen, welche von den Streikenden gestellt sind (5stündige Arbeitszeit nebst Mindestlöhnen für Dreher, Schlosser, Schmiede, Maler, Maschinenarbeiter und Hilfsarbeiter), sind derartig niedrige, daß die Firma diese, ohne sich in Unkosten zu stürzen, bewilligen könnte. Trotz mehrmaliger Verhandlung glaubte aber der Herr Direktor Böller die beauftragte Kommission, welche die Forderungen begründete, glatt abweisen zu müssen. Der Herr gab der Kommission den Rat, daß sie sich doch, um sich mehr ihrer Familie widmen zu können, was auch nach seiner Meinung bei einer zehnstündigen Arbeitszeit nicht möglich sei, eine Erziehlerin annehmen sollten! Bei erbärmlichster Bezahlung auch noch Verhöhnung der Arbeiter! Das nach einem solchen Verhalten den Arbeitern nichts weiter übrig blieb, als in den Streik zu treten, ist klar. Daß aber die Firma wohl höhere Löhne zahlen kann, beweist sie dadurch, daß sie den Arbeitstücheln, welche sich des besonderen Schutzes der Reinickendorfer Polizei erfreuen, die Löhne und sogar noch höhere zahlt, als die Streikenden gefordert haben. Auch bei diesem Kampf beweist die Polizei in Behinderung der Streikenden bei Ausübung ihres Koalitionsrechts, daß den Unternehmern ihre Hilfe sofort zur Verfügung steht, wenn die Arbeiterkraft es wagt, von dem ihnen gesetzlich zustehenden Recht Gebrauch zu machen. Nichtsdestoweniger werden sich die Streikenden nicht abhalten lassen, ihr Recht auszuüben.

Es wird ersucht, den Betrieb zu meiden, und ist derselbe für Metallarbeiter aller Branchen streng gesperrt.

Arbeiterfreundliche Blätter werden um Nachdruck ersucht.

Drittverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

**Achtung, Wäcker!** Ueber die Rothhäckeri G. Liebing, Reinickendorf, Residenzstr. 150, ist seitens des Unterzeichneten die Sperre verhängt. Liebing hat den Vertrauensmann des Verbandes, den Wäcker D., wegen seiner Tätigkeit für die Organisation entlassen. Den Wäckern war mitgeteilt worden, daß Herr Liebing bei einem Arbeitsvermittler mehrere Wäcker bestellt hatte, die sich auch bereits vorgestellt hatten. Die bei der Firma beschäftigten Wäcker gehörten sämtlich der Organisation an, was Herr Liebing erst kürzlich erfahren hatte. Die

Verantwortl. Redakteur: Albert Wals, Berlin. In derartenteil verantw.:

Wäcker haben nunmehr Herrn L. die Frage vorgelegt, warum er den Vertrauensmann, der bis vor kurzem sogar das Vertrauen des Herrn L. besaß, entlassen habe. Die unehelichen Antworten, die die Wäckern von den beiden Herren Liebing (Vater und Sohn) erhielten, ließen keinen Zweifel darüber, daß der „Aussperrter“ wegen Verbandsmäßigkeit „raus“ müsse. Zu bemerken ist, daß Herr Liebing seit kurzem als Obermeister der Reinickendorfer Wäcker-Organisation in der Einigungs-Kommission auf dem Gewerbeamt sitzt und den Entlassenen resp. Streikenden der Wahrheit zuwider erklärte, daß er Heschold schon am Tage zuvor angeklagt habe, daß etwas passiere.

Mit dem Entlassenen, der seit zwei Jahren bei Herrn Liebing arbeitet, haben sich von den 11 beschäftigten Wäckern 10 solidarisch erklärt und die Arbeit niedergelegt.

Verhandlungen, die die Organisation anbahnte, scheiterten, da Herr Liebing jedes Entgegenkommen an die Streikenden rundweg ablehnte und erklärte, daß er keinen wieder einstellen wolle.

Der Betrieb ist für Organisierte gesperrt.

Der Vertrauensmann der Wäcker Berlin u. Umg.

### Deutsches Reich.

#### Vom Streik auf der Schichauwerft in Danzig.

Die Firma hatte bekanntlich den ausländischen Arbeitern die Wohnungen in den von ihr erbauten Arbeiter-Wohnhäusern, sogenannte Schichaulonien zum 1. Mai gekündigt. Das war bei früheren kleineren Bewegungen einzelner Branchen auch schon geschehen. In zwei solchen Fällen hatten die Arbeiter die Kündigung unbeachtet gelassen, ihre Miete weiter gezahlt und sind wohnen geblieben. So zu handeln hatten die Arbeiter auch bei dem jetzigen allgemeinen Streik beschlossen. In Frage kommen dabei rund 200 Familien. Als aber die Arbeiter diesmal die Miete für Monat Mai bezahlen wollten, lehnte die Firma die Annahme des Geldes ab. Es bleibt nun abzuwarten, ob die Betriebsleitung die Ermittlungsfrage einleitet und die Arbeiter mit ihren Wäckern auf die Straße setzen wird. Die Erregung unter den Arbeitern ist heute schon groß und würde dadurch auf den Höhepunkt getrieben werden.

#### Ein Vorstoß zur Arbeitszeitverkürzung in der chemischen Industrie.

Die erste Konferenz der Arbeiter der chemischen Industrie, die vom Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes einberufen, am 30. und 31. Mai 1909 in Frankfurt a. M. tagte, nahm eine Resolution an, in der ein ausdehnender gesetzlicher Arbeiterschutz für die in chemischen Fabriken beschäftigten Arbeiter gefordert wird. Die Konferenz erachtete u. a. einen Maximalarbeitszeit von acht Stunden für diese Arbeiter als notwendig. Für die in gefährlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter wurde die gesetzliche Einführung eines sanitären Arbeitstages gefordert, der nach dem Grade der Gefahren abgestuft werden soll. — Auf Grund dieser Resolution hat der Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes beschlossen, in der Woche vom 14. bis 20. Mai in allen Orten mit nennenswerter chemischer Industrie durch Versammlungen eine Agitation zur Verkürzung der Arbeitszeit zu entfalten.

Der Streik der Steinarbeiter in Welsenkirchen ist noch nicht beendet. Angebahnte Verhandlungen sind resultatlos verlaufen. Zugang ist streng fernzuhalten. Die Unternehmer machen große Anstrengungen, um Arbeitswillige anzuwerben. — In Koblenz ist der Streik zugunsten der Arbeiter beendet worden. Erreicht wurde eine Erhöhung der Stundenlöhne von 5 Pf.; der Minimallohn beträgt jetzt für Steinbauer 60 Pf., für Schleifer 50 Pf. und für Hilfsarbeiter 47 Pf. Die Tarifdauer ist vom 1. Mai 1911 bis 1. Mai 1913. Die Akkordpositionen werden um 8 1/2 Proz. erhöht.

Sämtliche Schneider der Firma Görbing u. Gebbert in Bernburg haben wegen Nichtanerkennung des Tarifes die Arbeit niedergelegt. Alle übrigen Firmen am Orte haben den Tarif anerkannt. Genannte Firma verliert, die nötigsten Arbeiten — es kommen hauptsächlich Lieferungsarbeiten für Bahn- und Steuerbeamte in Betracht — außerhalb herstellen zu lassen, worauf die Schneider anderer Städte achten sollen.

### Was lange währt . . .

Nach nahezu zweijährigen Verhandlungen ist jetzt ein Steinsegetarif für das Herzogtum Anhalt zum Abschluß gelangt. Immer verstanden es die Unternehmer unter Ausnutzung der ihnen günstigen Konjunktur, die Verhandlungen hinzuziehen. Was sie den Arbeitern positiv boten, waren absolut keine Verbesserungen, teilweise sogar Verschlechterungen. Auch jetzt wieder glaubten die Unternehmer nicht daran, daß die Arbeiter Ernst machen könnten; sie setzten zudem ihre Hoffnungen auf die Aussperrung im benachbarten Regierungsbezirk Merseburg. Die Arbeiter machten jedoch durch diese Rechnung einen Strich, indem sie in Schönebeck an der Elbe die Arbeit niederlegten. Das hatte zur Folge, daß in wenigen Tagen ein Tarifvertrag für das Herzogtum Anhalt zustande kam, der sich auch auf einige nahegelegene Städte in Preußen erstreckt. Erzielt wurde für die Arbeiter eine Lohnerhöhung von 6-11 Pf. für die Stunde, verteilt auf vier Vertragsjahre, ferner eine einheitliche Regelung der Ueberlandarbeit, gänzlich Verbot der Akkordarbeit usw.

#### Die Situation auf den Hamburger Seeschiffswerften

spielt sich wieder zu. Als im Vorjahre der große Kampf auf den deutschen Seeschiffswerften beendet wurde, nahmen die Werftarbeiter an, daß die Werftbesitzer ihren gegebenen Versprechungen auch nachkommen würden. Nach den getroffenen Abmachungen sollten die bestehenden Einstellungslohne festgesetzt und um 2 Pf. pro Stunde aufgebessert werden. Die Werftbesitzer legten das später so aus, daß die 1907 bestandenen Einstellungslohne hierfür die Grundlage bilden sollten. Hierüber herrschte in den Kreisen der Arbeiter begehrtliche Erregung und verlangten sie — wie das auch gar nicht anders aufzufassen ist — daß die zur Zeit des Ausbruchs des Kampfes bestandenen Einstellungslohne bei der Berechnung in Rechnung gestellt werden sollten.

Wegen der Akkordpreise war bei den zentralen Verhandlungen bestimmt worden, daß diese vereinbart und derartig festgesetzt werden sollten, daß dabei „entsprechend über den Stundenlohn verdient werden kann“. Aber anstatt daß die Werftbesitzer die Akkordpreise den Vereinbarungen gemäß erhöhten, wurde in vielen Fällen eine erhebliche Kürzung der Akkordpreise vorgenommen. Auch wegen der Bezahlung für die Nachschichten ergaben sich Differenzen. Die Arbeiter der Hamburger Werften verlangten nach Beendigung des Kampfes den Zusammentritt einer örtlichen Verhandlungskommission, um über eine Reihe weiterer Streitpunkte eine Verständigung zu suchen. Während für die anderen Werftorte eine solche Kommission von den Unternehmern ohne weiteres anerkannt wurde, verweigerte man sie für Hamburg. Erst nachdem sich die Situation äußerst kritisch gestaltet und die Organisationsvertreter erklärten, jede Verantwortung für die Folgen abzulehnen zu müssen, wenn die Werftbesitzer bei ihrer Ablehnung verharren würden, bequamen sich die Unternehmer endlich dazu, der Bildung einer Kommission zuzustimmen.

Die Verhandlungen der Hamburger Ortskommission sind nun aber vollständig ergebnislos verlaufen. Die Unternehmer haben sich hinter allerlei Ausreden verschanzt. Die von den Arbeitervertretern gewünschte Höhe der Einstellungslohne haben die Werftbesitzer rund abgelehnt und die Akkordpreise als angemessen bezeichnet. Auch alle anderen Wünsche der Arbeiter sind unberücksichtigt geblieben.

In zwei stark besuchten Versammlungen der Werftarbeiter aller Branchen erstatteten die Vertreter der Ortskommission Bericht. Nach einer teilweise erregten Debatte fand eine Resolution Annahme, in der von den ergebnislosen örtlichen Verhandlungen Kenntnis genommen und die Organisationsleistungen aufgefordert werden, event. erforderliche schärfere Maßnahmen vorzubereiten. An den Werftbesitzern wird es nun liegen, den berechtigten Beschwerden abzu-

Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druck- u. Verlagsanstalt

helfen. Geschlecht das nicht, so wird die Situation gefährlich. Teilweise wurde in den Versammlungen entschieden verlangt, sofort weitere Maßnahmen zu ergreifen.

### Ausland.

#### Der dänische Gewerkschaftskongress.

Vom Dienstag bis Freitag voriger Woche fand zu Kopenhagen im Volks Hause am Enghavevej die Generalversammlung des Gesamtverbandes der dänischen Gewerkschaften statt, gerade zu einer Zeit, wo das Unternehmertum im Begriff stand, eine Massen-aussperrung zu veranstalten, wie sie in Dänemark seit der General-aussperrung von 1899 nicht mehr vorgekommen war. Das Unternehmertum hatte den Kampf seit Jahren vorbereitet durch das Bestreben, möglichst alle Tarife im Frühjahr 1911 ablaufen zu lassen. Wie der „Vorwärts“ bereits in seiner Sonntagnummer mitteilte, ist diese Massen-aussperrung nun glücklicherweise abgewendet worden, nachdem sie auch den Gewerkschaftskongress in verschiedenen seiner Sitzungen beschäftigt hatte.

Der Bericht über die Tätigkeit des Gesamtverbandes in den seit dem vorigen Kongress verfloffenen zwei Jahren läßt erkennen, daß die Organisation sich trotz der Krise noch immer weiter entwickelt hat. Ende des Jahres 1908 waren dem Gesamtverbande 51 Zentralverbände und 10 Einzelvereine mit zusammen 98 651 Mitgliedern angeschlossen. Ende 1910 war die Zahl der Zentralverbände 54, die der Einzelvereine 7 und die der Mitglieder 101 563. Der starke Zuwachs ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß sich der Fachverein der Bauarbeiter, der seit einer Reihe von Jahren außerhalb des Zentralverbandes der Fischer stand, diesem Verbände, und damit auch dem Gesamtverbande der Gewerkschaften wieder angeschlossen hat. Das Vermögen der angeschlossenen Gewerkschaften ist im letzten Jahre von 2 916 254 Kronen auf 3 222 560 Kronen angewachsen, wozu noch 913 144 Kronen in Wertpapieren kommen. Die staatsanerkannten Arbeitslosen-löhne, die jetzt rund 78 000 Mitglieder zählen, haben im ganzen, den Staatszuschuß mitgerechnet, 2 854 767 Kronen an Arbeitslosen-Unterstützung ausgezahlt.

Der Tätigkeitsbericht wurde nach einer regen Debatte, bei der es sich hauptsächlich um taktische Fragen in verschiedenen Lohnbewegungen handelte, einstimmig gutgeheißen. Im Anschluß an den Bericht wurde eine Resolution angenommen, die eine Verbesserung des Herbergswesens an den verschiedenen Orten Dänemarks zum Ziele hat. Ferner beschäftigte den Kongress die Frage, ob es gegenwärtig schon möglich ist, die vor einem Jahre errichtete Arbeiterschule, die bis jetzt nur Abendschule ist, in eine Tageschule umzuwandeln. An dieser Schule haben im verfloffenen Jahre 19 Mitglieder der Gewerkschaften und Partei in zwei dreimonatlichen Kursen Unterricht erhalten, und das Ergebnis ist den Umständen nach sehr zufriedenstellend. Selbstverständlich aber strebt man danach, es den Schülern möglich zu machen, sich eine Zeitlang ganz dem Studium zu widmen, ohne genötigt zu sein, den Tag über in ihrem Berufe zu arbeiten. Der Kongress kam jedoch zu der Ueberzeugung, daß sich das gegenwärtig noch nicht durchführen lasse und beschloß den Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung des Gesamtverbandes zu setzen. Eine rege Debatte entwickelte sich über die Frage der Heimarbeit. Es fanden sich hier zwei Resolutionen gegenüber, eine vom Männerverband vorgeschlagene, in der ein vollständiges Verbot der Heimarbeit verlangt wird, und eine andere vom Schneiderverband für eine Einschränkung der Heimarbeit durch Gesetz in der Ausdehnung, wie es für die Arbeiterschaft wünschenswert ist. Diese zweite Resolution wurde schließlich mit starker Mehrheit angenommen.

Auf Wunsch des internationalen sozialistischen Bureau's nahm der Kongress sodann Stellung zu der auf dem internationalen Sozialistenkongress in Kopenhagen von Keir Hardie und Vallant eingebrachten Resolution über die Mittel zur Vorbeugung und Verhinderung von Kriegen. Hierzu wurde folgende Resolution angenommen:

„Zur Frage des Internationalen Sozialistischen Bureau's erklärt die Generalversammlung ihr Einverständnis damit, daß zur Vorbeugung und Bekämpfung des Krieges alle zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden sind. Welche Mittel angewendet werden sollen, und die Form für ihre Anwendung muß in den jeweiligen Fällen nach Beratung mit den Organisationen in den verschiedenen Ländern entschieden werden.“

Sodann faßte der Kongress einen Beschluß, der die Errichtung eines Gewerkschaftshauses zum Ziele hat. Der geschäftsführende Ausschuss des Gesamtverbandes wurde ermächtigt, sobald ruhige Verhältnisse innerhalb der Organisationen eingetreten sind, Vertragsbeiträge in der Höhe anzufordern, daß eine Summe von 100 000 Kronen zusammenkommt, die als Grundfonds für die Errichtung eines Gewerkschaftshauses dienen sollen.

Zur Förderung des Genossenschaftswesens legte Folleringsmann Sigvald Olsen als Vorsitzender des für diesen Zweck von der Partei und den Gewerkschaften eingesetzten Ausschusses einen Vorschlag vor, wonach eine große Konsum- und Produktionsvereinigung für Kopenhagen und Umgegend gegründet werden soll, jedoch unter der Voraussetzung, daß zunächst ein Kapital von 500 000 Kronen durch Einzahlung von Aktien à 10 Kronen aufgebracht wird. Die Generalversammlung erklärte ihr Einverständnis mit diesem Vorschlag unter der Bedingung, daß er auch die Zustimmung des sozialdemokratischen Parteitagess erhalten wird. Im übrigen wählte die Generalversammlung einen Ausschuss, der bei vorkommenden Grenzstreitigkeiten zwischen den Gewerkschaften vermitteln und wenn nötig als Schiedsgericht tätig sein soll.

## Letzte Nachrichten.

#### Der amerikanische Friedenskongress.

Baltimore, 3. Mai. (W. T. W.) Der Dritte Nationale Friedenskongress ist unter großer Teilnahme eröffnet worden. Präsident Taft, Kardinal Gibbons und andere Redner erklärten, der englisch-amerikanische Schiedsgerichtsvertrag sei ein großer Schritt auf dem Wege zum Weltfrieden. Taft erklärte, Amerika werde in seinen Friedensbestrebungen in der neuen Welt durch das Mißtrauen der amerikanischen Nationen behindert, Amerika habe kein Verlangen nach Vergrößerung.

#### Gegen das englische Oberhaus.

London, 3. Mai. (W. T. W.) Bei der Debatte im Unterhause über die Vetobill, welche die Regierung zu einer Reform des Oberhauses zu einem künftigen Zeitpunkt verpflichtet, beantragte der Abgeordnete Barnes (Arbeiterpartei) die Ablehnung der Einleitung, weil die Erfahrung gelehrt habe, daß die zweite Kammer nicht notwendig und nicht zu rechtfertigen sei. Der Premierminister Asquith wies diesen Antrag zurück und erklärte, die Regierung habe die Verpflichtung, die Reform durchzuführen. Selbst wenn die Vetobill zum Gesetz erhoben würde, würden sich die Liberalen den Konservativen gegenüber im Nachteil befinden, solange das Oberhaus nicht reformiert sei. Wenn es die Zeit gestatte, würde die Regierung während der Lebensdauer des jetzigen Parlaments mit der Reform des Oberhauses beginnen.

Der Antrag des Abgeordneten Barnes wurde mit 218 gegen 47 Stimmen abgelehnt. Die Unionisten enthielten sich der Abstimmung.

#### Bremont in Fed.

Zanger, 3. Mai. (Meldung des „Reiterischen Bureau's“.) Aus Fed wird unter dem 26. April gemeldet: Die Mahalla des Majors Bremont ist unter großem Enthusiasmus der Bevölkerung nach vierstündigen harten Kämpfen hier eingezogen. Die Stadt ist ruhig. Das Vertrauen ist wieder hergestellt, obgleich außerhalb der Stadt völlige Anarchie herrscht.

#### Errichtung von Radiotelegraphenstationen.

Kristiania, 3. Mai. (W. T. W.) Der Storting bewilligte heute einstimmig einen Betrag bis zu 300 000 Kronen zur Errichtung von Radiotelegraphenstationen auf Spitzbergen und bei Hammerfest. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

165. Sitzung, Mittwoch, den 3. Mai, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Deibred.

Die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr.

Aufhebung des Hilfsklassengesetzes

wird fortgesetzt.

Abg. Graf Westarp (L.): Das Verhältnis der Hilfsklassen zu den Krankenkassen wird in der Reichsversicherungsordnung geregelt...

Abg. Stadthagen (Soz.):

Ich stehe dem Entwurf nicht so sympathisch gegenüber wie die Vorredner. Deren Uebereinstimmung verteidige ich, wenn sie meinen, mit diesem Gesetz dem Arbeiter das letzte Recht der Selbstbestimmung zu nehmen...

Prämierung neuer Schwindelarten.

Schon bei der Beratung der Gewerbeordnung wurde darüber geklagt, daß die Arbeiter nicht das Recht hatten, ohne staatliche Einmischung Klassen zu gründen...

Kleines feuilleton.

Schumann unter französischem Beschluß. Herr Malherbe hat mit seinem famosen Brief, worin er die deutschen Schumannfreunde so rührend vor dessen revolutionären Tugenden bewahren zu müssen vorgibt...

Ohne und die Kritik, die der „Vorwärts“ an dieses Schreiben knüpft, zu eigen zu machen — er erblidt darin einen neuen Beweis für die alte These, daß das Privateigentum kunstfeindlich sei...

Man kann freilich von einem ironischen Geschäftsmann, wie Herr Malherbe, nicht erwarten, daß er dergleichen unterschreibe. Aber möge er sich nicht länger zieren und den Preis nennen, der seine Bedenken wegen des toten Schumann und des lebenden Königs von Preußen zu beschwichtigen imstande ist.

Das Organ der rheinischen Bourgeoisie schließt sich also im Grunde unserer Kritik an und erkennt ausdrücklich an, daß private Eigentumsverhältnisse vor allgemeinen Kunstinteressen zurückzutreten haben.

fünfziger Jahren dazu, vor Zwangskassen als vor kommunistischen Einrichtungen zu warnen. Reichensperger erklärte damals, wenn es auch kommunistisch ist, so ist es doch vernünftig.

Ebenso schaffen Sie jetzt aus parteipolitischen Gründen ein Gesetz, wonach bei der Schaffung von Hilfsklassen parteipolitische Gründe maßgebend sein werden.

Wenn Sie das nicht wollen, wären Sie verpflichtet, Kautelen gegen solche Willkür zu schaffen. Nach dem Gesetz kann die Genehmigung verweigert werden, wenn Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Geschäftsführung der Klasse den Gesetzen oder den guten Sitten widerspricht.

die Geschichte des Versicherungswesens.

Die Sorge für die Arbeiter in den Innungskassen hörte in dem Augenblick auf, wo die Großproduktion eintrat. Im Gesetz von 1854 wandte man sich dagegen, daß Arbeiter ohne Genehmigung der Behörde Unterinnungskassen begründeten, weil das kommunistisch sei.

Auslieferung der Klassen an die Regierung.

In Frankreich und England haben die freien Klassen unter der Selbstverwaltung der Arbeiter Vorzügliches gewirkt. In Deutschland aber hat man ihr Selbstverwaltungsrecht zurückgeschraubt und gab Normativbestimmungen heraus, in der Absicht, den sozialdemokratischen Vereinen das Wasser abzugraben.

Oberscharmachern ersten Ranges.

und das soll nicht ein Aufgeben der Rechte der Arbeiter sein. Mindestens Kautelen müßten in das Gesetz hineingetragen werden und deshalb begrüße ich die Kommissionsberatung.

Geheimkonventikeln mit dem Zentralverband deutscher Industrieller zusammenkommen und ein neues Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sollte die Vor-

gründlich schröpfen zu können, hat glücklich dazu geführt, daß das Werk immer noch nicht erschienen ist.

Schumann hat keinen Pfennig Honorar für seine revolutionären Chöre bekommen und sie auch nicht um dessentwillen geschrieben. Aber Herr Malherbe (woher hat er übrigens diese Kompositionen?) hat nach bürgerlichem Recht alle Autorisation, Geschäfte damit zu machen — oder sie in den Ofen zu stecken.

Daß die Degradation des Kunstwerks zur Ware und die Degradation des Schaffenden zum Warenproduzenten für die Kunst selbst verderblich ist, haben auch gegen unabhängig bürgerliche Köpfe eingeworfen. Schopenhauer sagt einmal: „Honorar und Verbot des Nachdrucks sind im Grunde der Verderber der Literatur.“

Man kann freilich von einem ironischen Geschäftsmann, wie Herr Malherbe, nicht erwarten, daß er dergleichen unterschreibe. Aber möge er sich nicht länger zieren und den Preis nennen, der seine Bedenken wegen des toten Schumann und des lebenden Königs von Preußen zu beschwichtigen imstande ist.

(Die „Frankf. Ztg.“, die auch hierzu sich äußert, entnimmt merkwürdigerweise den Brief Malherbes — der „Rhein.-Westf. Zeitung“, die ihn aus dem „Vorwärts“ abgedruckt hatte.)

Die Leichenverbrennung in Deutschland. Die Entwicklung der Leichenverbrennung in Deutschland beleuchtet eine interessante Statistik, die Dr. Erich Simon in dem soeben erschienenen zweiten Jahrgang seines „Statistischen Taschenbuchs für das Deutsche Reich“ zusammengestellt hat.

lage wirklich Gesetz werden, so gießen Sie nur neues Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie. Nichts kann so sehr die Aufklärung des Mittelstandes, der durch die Aufhebung der freien Hilfsklassen am meisten geschädigt wird (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) und die Aufklärung der Arbeiter fördern, als die Klarheit und Entschlossenheit, mit der die Regierung in diesem Gesetzentwurf und ähnlichen damit vorgeht...

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Sp.): Eine Aenderung der Gesetzgebung über die Hilfsklassen scheint uns notwendig wegen der bei den Hilfsklassen hervorgetretenen Mißstände. Aber die neuen Bestimmungen müssen so gefaßt werden, daß die Hilfsklassen bestehen können, wie es übrigens nach dem Entwurf geschieht.

Abg. Dr. Weber (natl.): Auch wir weisen entschieden zurück, daß wir die Absicht hätten, mit diesem Gesetz politische Bestrebungen gegen irgend eine Partei zu verfolgen. In Klassen, die sozialdemokratischer Leitung unterliegen, wird genau so viel Schwindel getrieben (Jurist bei den Sozialdemokraten: Weisen Sie das doch! Das ist eine Gemeinheit!), wie in Klassen, die von bürgerlicher Seite geleitet werden: wir sind eben alle Menschen.

Vizepräsident Dr. Spahn: Es fiel vorhin der Zwischenruf Gemeinheit! Ich habe den Zwischenrufer nicht erkannt. Wer war es?

Abg. Emmel (Soz.): Ich war es.

Abg. Bebel (Soz.) sich zu Emmel wendend: Sie haben nicht zu antworten, wir sind hier in keiner Schule.

Vizepräsident Dr. Spahn: Ich rufe den Abg. Emmel zur Ordnung. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Behrens (wirtsch. Bg.): Meine Freunde begrüßen die Vorlage, die geeignet ist, die Schwindelklassen zu bekämpfen. Den Sozialdemokraten bestreiten wir das Recht, sich als die alleinigen Vertreter der Arbeiter hier aufzuspielen. (Bravo! bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Auf Stadthagens Bemerkung, daß von sozialdemokratischer Seite in der Presse wiederholt auf Schwindelklassen hingewiesen sei, und daß dann die sozialdemokratischen Redakteure bestraft wurden, hat Dr. Weber erklärt, Schwindler gibt es überall, in der Sozialdemokratie und bei den bürgerlichen Parteien. Diese allgemeine Bemerkung ist richtig, private Schwindler kommen in allen möglichen Organisationen vor.

Humor und Satire.

Der Zauberlehrling.

Der Meister Mag gab ihm die Hand: Nimm nun hinaus, mein Ferdinand! Ich weibe dich mit diesem Stuh — Dedipus! Dedipus! Hin, wo des Rosses Apfel roßt! — Er eilt, er wandelt ihn in Gold. Der Meister murmelt mit Genuß: Uberschuß! Uberschuß! Der Lehrling fand nun seinerseits An diesem Vorgang einen Reiz, Und ein Entschluß stieg in ihm hoch: Was ich ooch! Was ich ooch! Und es' der Meister sich besann, Ring Ferdinand ein eignes an. Er rollte Wild: Jetzt halte still, Shakespeare-Bill! Shakespeare-Bill! Ring Richard, deine Schuld war groß. Sie ist geilnt. Der Vorn ist los Und hegt dich durch den Zirkelring. Amer King! Amer King! Der Meister Mag hebt seine Hand: Um Gott, was machst du, Ferdinand? Und jubelnd klingt es wider: Stuh — Uberschuß! Uberschuß!

(Peter Scher im „Simplicissimus“.)

Notizen.

— Karl Schönherr's „Sonnenabend“, eine bereits früher aufgeführte, aber jetzt ungarbeitete und auf vier Akte gekürzte Tragödie wurde im Kasseler Hoftheater mit Erfolg gegeben. — Die Drestie im Zirkus. Die Drestie des altgriechischen Tragikers Alkiphilos soll im Zirkus Busch in der Uebersetzung von Wilamowitz einmal aufgeführt werden — aber nicht von Reinhardt. Die Aufführung ist besonders für Schüler und Studenten bestimmt. — Ein Brief für 102000 Mark. Die barbarische Sucht der edlen amerikanischen Kunst- und Kulturprogen, Europa auszulassen, hat wieder einmal einen Rekord geschaffen. Auf einer Leipziger Autographenversteigerung ließ Morgan für einen Brief Luthers an Karl V. vom Jahre 1521 (unmittelbar nach dem Reichstage zu Worms geschrieben) die Summe von 102000 Mark bieten und erhielt den Zuschlag. — Wenn doch die Amerikaner endlich einmal die vielen schönen deutschen Denkmäler kaufen möchten. Da würden sie sich wirklich verdient um uns machen. — Die 10000 Dollar-Oper. Aus New York ist gefolgt: Der Musikprofessor Parker und der bekannte Librettist Hooper haben den Preis von 10000 Dollar erhalten, der von der Metropolitanoper für die beste Oper in englischer Sprache von einem amerikanischen Komponisten ausgesetzt war. Die Oper trägt den Titel „Mona“ und behandelt eine Druidengeschichte aus den Tagen der römischen Herrschaft in England. (Herr Hülsen möge nicht versäumen, die neue amerikanische Oper vorzuführen.)

Abg. Dr. Weber.) Gewiß, durch Ihre Bemerkung haben Sie die generelle Frage der Bekämpfung der Schwindelassen auf die Frage hinüberzuweisen gesucht, ob nicht in allen Organisationen Schwindler zu finden sind. Und dazu lag gar kein Anlaß vor. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion.

Der Entwurf wird an die Kommission für die Reichsversicherungsordnung verwiesen.

Es folgen Petitionen.

Eine große Anzahl Petitionen werden nach den Anträgen der Kommission debattelos erledigt.

Unter anderen werden als Material überwiesen Petitionen betreffend Maßnahmen zur Behebung der Fleischnot und Petitionen auf ausreichende Entlohnung der Angestellten in Bahnhofsverwaltungen unter Abschaffung des Trinkgeldzwanges, auf Festlegung des Bäckerlohn auf Einführung des Bedürfnisnachweises im Wandergewerbe, auf Errichtung eines selbständigen Wahlkreises Charlottenburg, auf Einführung eines einheitlichen gleichen Wahlrechts für die Wahlen zu allen Volksvertretungen. — Zur Berücksichtigung überwiesen wird u. a. die Petition betr. die Bewährung von Unterhäftlingen an Händlungsarbeiten.

Sodann wird die vor einigen Monaten abgebrochene Diskussion über die Petitionen betr. Abänderung des Impfgesetzes fortgesetzt.

Die Kommission beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Dagegen beantragt ein — nichtfraktioneller — Antrag Sachse-Sebering (Soz.) Ueberweisung der Petitionen, soweit sie Aufhebung des Impfwanges und Einführung einer Gewissensklausel nach englischem Muster fordern, zur Berücksichtigung, der übrigen als Material.

Die Abg. v. Damm-Liebertmann v. Sonnenburg (Wirtsch. Pa.) beantragen eine Erweiterung des Antrages Sachse-Sebering in dem Sinne, daß auch die Petitionen um Entschädigung der durch die Impfung Geschädigten zur Berücksichtigung überwiesen werden.

Ein — nicht fraktioneller — Antrag Rathender-Dr. Pfeiffer (Z.) verlangt Ueberweisung der Petitionen um Aufhebung des Impfwanges als Material, Revision des Impfgesetzes unter Einfügung der Gewissensklausel, Einsetzung einer zu gleichen Teilen aus Impffreunden und Impfgegnern zusammengesetzten Kommission und Vorlegung des von dieser Kommission zu sammelnden Materials als Denkschrift.

Abg. Dr. Pfeiffer (Z.) polemisiert gegen die Ausführungen, die vor einigen Monaten der Geheimrat Kirchner gemacht hatte. Redner erwähnt unter anderem, daß eines seiner Kinder schwere Schäden infolge der Impfung erlitten habe. Redner verlangt namentlich die Einfügung der Gewissensklausel, die sich in England ganz vorzüglich bewährt habe. Ich bitte das Haus, alle die Anträge anzunehmen, die auf Berücksichtigung der impfgegnerischen Petitionen dringen, ganz besonders aber bitte ich das Haus um eine Kundgebung zugunsten der Gewissensklausel. (Lebhafte Beifälle bei den Impfgegnern.)

Abg. Dr. Pfeiffer (Z.): Auf das allerentschiedenste protestiere ich dagegen, daß der Geheimrat Kirchner die Agitation der Impfgegner als verbrecherisch bezeichnet. Wenn er der Ansicht ist, so sorge er dafür, daß diese Verbrecher vor Gericht gezogen werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Impfgegnern.) Es ist vom Regierungssitz aus besprochen worden, daß die Drohung, die Eltern in Ketten zu legen, die ihre Kinder nicht impfen lassen, ausgesprochen sei; mein Gewährsmann aber bleibt dabei, daß der betreffende Professor sich so geäußert hat. (Hört! hört! bei den Impfgegnern.) Redner bittet dringend um Annahme des Antrages Rathender-Dr. Pfeiffer. (Bravo! bei den Impfgegnern.)

Abg. Graf Oppersdorff (Z.) (Zuruf): Drei Zentrumsredner nacheinander! Große Heiterkeit.) Bittet um Annahme eines von einem Teil des Zentrums unterstützten Antrags Erzberger, wonach die Frage der Wenderung des Impfgesetzes von einer Kommission erörtert werden soll, der neben Impffreunden auch Impfgegner angehören. — Redner vertweist auf die fast einstimmige Verteidigung des Impfwanges durch die offizielle medizinische Wissenschaft. Warum begibt sich nicht einmal ein ungeimpfter Impfgegner an einen Pockenepidemiemherd? (Heiterkeit.) In bin dafür, daß die Regierung dafür ein paar tausend Mark zur Verfügung stellt. (Sehr gut! bei den Impffreunden.) — In seinen weiteren Ausführungen polemisiert Redner gegen die Impfgegner und empfiehlt den Antrag Erzberger.

Abg. Sachse (Soz.):

Ich freue mich, daß die Forderungen der Impfgegner auch von Angehörigen anderer Parteien hier vertreten worden sind. Ebenso freue ich mich über die Zurückweisung, die die unerhörten Beschränkungen, mit denen man die Impfgegner belegt hat, hier gefunden haben. Es zeigt nicht gerade davon, daß sich die Impffreunde über diese Sache sicher sind, wenn sie sich in solchen unqualifizierbaren Beschränkungen ergeben. (Sehr richtig! bei den Impfgegnern.) — Es ist ungewiss, daß die Bodenimpfung keinen unbedingten Schutz gewährt. Das müssen ja auch die Impffreunde zugestehen; auch Geheimrat Kirchner hat, widerwillig genug, dies zugestanden werden müssen. Ich bitte dringend um Annahme der Anträge zugunsten der Impfgegner, mindestens aber um einen Beschluß des Reichstages zugunsten der Gewissensklausel und zugunsten der Einfügung einer zu gleichen Teilen aus Impfgegnern und Impffreunden zusammengesetzten Kommission. (Lebhafte Beifälle bei den Impfgegnern.)

Geh. Medizinalrat Kirchner (vielfach unverständlich) polemisiert gegen die Ausführungen der Impfgegner. Wenn der Ausdruck „Verbrecher“ in bezug auf die Impfgegner gefallen ist, so dürfen sie sich nicht beschweren, denn ihre Schriften wimmeln von Verschimpfungen der Impffreunde. Da werden noch ganz andere Ausdrücke gebraucht als Verbrecher. Der Deutsche Reichstag kann die Verantwortung für die Aufhebung des Impfgesetzes nicht übernehmen, und nichts anderes ist der Zweck der Impfgegner.

Regierungsrat Dr. Braeger: Die Impfgegner sagen, daß Verschwinden der Pocken verbanne man der Besserung der allgemeinen sanitären Verhältnisse. Das ist aber nur ein Schlagwort, denn die Infektion mit Pocken hat nichts mit den allgemeinen sanitären Verhältnissen zu tun, weil die Pocken keine Schmutzkrankheit sind wie etwa der Unterleibstypus. Auch England, wo die Gewissensklausel noch besteht, wird wohl durch eine Pockenepidemie zur Einführung des vollen Impfwanges gebracht werden.

Abg. Rathender (Z.) wünscht zur Klärung der Frage die Einsetzung einer Kommission, die zu gleichen Teilen aus Impfgegnern und Impffreunden besteht, und erklärt die Einfügung der Gewissensklausel in das Impfgesetz für notwendig.

Abg. Dr. Mugdan (Wp.) erklärt das Impfgesetz für ganz vorzuzüglich und bittet daher, sämtliche Anträge abzulehnen, auch den zu seinem Bedauern von Abgeordneten der Volkspartei gestellten.

Damit schließt die Diskussion.

Ueber die Reihenfolge der Abstimmungen entsteht eine Geschäftsordnungsdebatte, in deren Verlauf der Antrag Sachse und Genossen als sozialdemokratischer Antrag bezeichnet wird, worauf Abg. Weber (Soz.) erklärt, der Antrag Sachse und Genossen ist kein sozialdemokratischer Antrag, sondern ein von einer Anzahl meiner Freunde gestellter Antrag.

Unter Ablehnung aller Anträge wird entsprechend dem Antrage der Kommission über die Petitionen zur Tagesordnung übergegangen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr (Rechnungssachen, Petitionen). Schluß 1/7 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

85. Sitzung vom Mittwoch, den 8. Mai, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Schorlemer.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Entwurfs eines

**Ausführungsgesetzes zum Viehschutzgesetz.**

Landwirtschaftsminister v. Schorlemer: Das Viehschutzgesetz soll am 1. April 1912 in Kraft treten. Die Vorlage schließt sich im wesentlichen dem geltenden Gesetz an. Die Form der Viehschutzgesetzlichen Anordnungen ist festgelegt worden, um Ungünstigkeits-erklärungen solcher Anordnungen durch die Gerichte unmöglich zu machen. Die Entschädigungspflicht ist über die Bestimmungen des Viehschutzgesetzes hinaus ausgedehnt worden. Einem Punkte dieses Gesetzes entspricht die Bestimmung des § 23, wonach aus den von den Viehschützern erhobenen Beiträgen auch Weihen an Viehschützer gewährt werden können, denen infolge der Durchführung der Viehschutzmaßnahmen schwere wirtschaftliche Schädigungen erwachsen sind. Es ist zu hoffen, daß dadurch insbesondere den Schädigungen durch die Maul- und Klauenpest durch abgeholfen werden können. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Stockhausen (L.) erklärt sich im allgemeinen mit der Vorlage einverstanden. Ob der Staat nicht doch einen höheren Anteil an der Entschädigung übernehmen könnte, wird in der Kommission zu prüfen sein. Sie beantragen eine Kommission von 21 Mitgliedern. (Bravo! rechts.)

Abg. Bierck (H.): Das neue Viehschutzgesetz bedeutet eine wesentliche Verbesserung des bisherigen Zustandes. Das vorliegende Ausführungsgesetz ist zielbewußt und klar durchgearbeitet. Die Entschädigungen müßten höher bemessen werden.

Abg. Heine (nat.) hält eine höhere Beteiligung des Staates an der Entschädigung für geboten.

Abg. Graf v. Spee (Z.) begrüßt die Vorlage im Interesse einer energischen Bekämpfung der Viehschäden.

Abg. Fischel (Wp.): Wir bedauern die schroffe Erklärung des Ministers, daß der Staat einen größeren Anteil an der Entschädigung und an der Aufbringung der Kosten nicht übernehmen werde und hoffen, daß die Regierung in der Kommission von diesem schroffen Standpunkt abgehen wird. Die Hauptsache wird der Geist sein, in dem das Gesetz durchgeführt wird. Unter dem Vorwand der Gefahr der Seuchenverbreitung hat man neuerdings sogar politische Verordnungen erlassen — natürlich nur freisinnige und sozialdemokratische! (Hört! hört!) Wegen eines solchen Mißbrauchs müssen wir entschieden protestieren. (Bravo! links.)

Abg. Leinert (Soz.):

Meine Freunde sind im allgemeinen mit dem Gesetz einverstanden, haben aber im einzelnen erhebliche Bedenken. Das besondere Bedenken mit der Durchführung des Gesetzes betraut werden, billigen wir durchaus. Es müssen dies ganz unabhingige Bedenken sein, die ohne Rücksicht auf agrarische Interessen das Gesetz handhaben. Die Entschädigung sollte über die Vorlage hinaus ausgedehnt werden. Wir verlangen die Entschädigungspflicht für jedes Vieh, insbesondere auch für Schweine, Flegel und Schafe im Interesse der kleinen Viehschützer. Ferner müssen auch wir eine weitere Ausdehnung der Entschädigung durch den Staat fordern; insbesondere die im Besitz der kleinen Leute befindlichen Tiere sollten ohne weiteres durch den Staat entschädigt werden. Wenn das Gesetz diese kleinen Viehschützer von der Entschädigung ausschließt, so bedeutet das eine einseitige Bevorzugung der Großgrundbesitzer. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Wohlwollen, was vielleicht im § 23 für diese kleinen Leute liegt, genügt nicht, wir müssen vielmehr einen Rechtsanspruch auf Entschädigung für die kleinen Grundbesitzer verlangen. Das Gesetz wird für uns unannehmbar, wenn auf die kleinen Leute nicht mehr Rücksicht genommen wird. Das Schätzungsverfahren ist nach modernen Grundsätzen geregelt. Das liegt wohl daran, daß es sich hier nicht um unfallverletzte Arbeiter, sondern um Grundbesitzer, vor allem Großgrundbesitzer, handelt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Im Interesse der Allgemeinheit wird das Gesetz erst wirken, wenn auch Maßnahmen zur Verhütung der Seuchen ergriffen werden durch Vorschriften über die Unterbringung des Viehes, die Einrichtung der Ställe usw. Wir verlangen eine strenge Handhabung des Gesetzes im Interesse der Versorgung der Bevölkerung mit gesundem Fleisch. Wird aber das Gesetz streng durchgeführt, so sind die Grenz-impfmaßnahmen gegenüber dem Ausland nicht mehr haltbar. Die Zufuhr seuchenfreien Viehs liegt vielmehr durchaus im Interesse billigerer Fleischpreise. Bedenklich ist ein Erlaß des Ministers, wonach zugelassen wird, daß Milch aus seuchenverdächtigem Bezirk zum menschlichen Genuß nach Städten oder größeren Orten verbracht werden darf. Wir müssen Einspruch dagegen erheben, daß das Gesetz gemißbraucht wird, um die Bevölkerung in ihren politischen Rechten zu beeinträchtigen. Noch am vorigen Sonntag ist bei Hannover wieder eine Versammlung unter freiem Himmel verboten worden, weil die Gefahr der Verschleppung der Maul- und Klauenpest vorliege. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Saff-Jaworski (Wp.) begrüßt die Vorlage, hält aber größere Beteiligung des Staates an der Entschädigung für erforderlich.

Minister v. Schorlemer: Herr Leinert hat Ausführungen wiederholt, die ich vor etwa acht Tagen schon in der „Berliner Morgenpost“ gelesen habe. Der Erlaß über die Ausnahmen in bezug auf die Milchzufuhr nach den Städten ist gerade im Interesse der Ernährung der städtischen Bevölkerung erfolgt. — Der § 23 läßt in der Tat die Möglichkeit zu, durch entsprechende Bestimmungen der Provinzialverbände auch die von Herrn Leinert gewünschte Entschädigung für Schweine zu gewähren. — Was das Verbot von Versammlungen anlangt, so kann man auf Grund dieses Gesetzes Versammlungen von Menschen nicht verbieten, daher bin nicht ich, sondern der Herr Minister des Innern für solche Verbote verantwortlich. Aber nach den Erfahrungen, daß vielfach die Maul- und Klauenpest durch Menschen verschleppt und übertragen worden ist, kann ich mir sehr gut denken, daß ein Landrat sich verpflichtet fühlt, Versammlungen zu verbieten, die vielleicht nicht zum geringsten Teile von Leuten besucht werden, die in der Lage sind, diese Seuche weiter zu verbreiten. (Bravo! rechts.)

Ein Schlußantrag wird angenommen; die Vorlage wird einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die Beratung eines Antrages Hammer (L) auf Einschränkung der Wanderlager.

Abg. Hammer (L) begründet den Antrag, der eine Ergänzung der Gewerbeordnung verlangt, wonach für den Betrieb eines Wanderlagers eine besondere Erlaubnis erforderlich ist, die von dem Nachweise eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig zu machen ist, wonach ferner die Erlaubnis nur für längstens 14 Tage erteilt werden darf und die Genehmigung zum Beginn eines Wanderlagers mindestens acht Tage vorher bei der Ortspolizeibehörde nachzusuchen ist mit Angabe der Zeit und des Ortes, wo sich die Verkaufsgegenstände bis zum Verkaufstermin befinden.

Ein Regierungskommissar erklärt, daß die preussische Regierung bereits im vorigen Jahre dem Reichskanzler einen entsprechenden Antrag unterbreitet hat, der im Bundesrat sympathische Aufnahme gefunden habe.

Die Abg. Cahnshy (Z.), Kahardt (H.) und Dr. Schröder-Kassel (nat.) stimmen im Interesse der Bekämpfung der Mißbräuche auf dem Gebiete der Wanderlager dem Antrage zu.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Wir können in die allgemeine Zustimmung nicht einstimmen. Wir sind gewiß für Einschränkung schwindelhafter Ver-

läufe, aber nicht nur bei Wanderlagern. Der beste Schutz gegen solche Mißbräuche wird immer der Selbstschutz und die Aufsicht sein. Wir sind bereit, Auswüchse zu bekämpfen, aber dieser Antrag will offenbar hinterrücks die Wanderlager ganz unmöglich machen. Wir machen bei diesem erneuten Eingriff in die Gewerbefreiheit nicht mit. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Nachdem sich noch die Abg. Rosenow (Wp.) und Ghyzinski (Wp.) für den Antrag erklärt haben, schließt die Debatte. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Es folgt die Beratung eines Antrages Hammer auf

**Westenerung der Konsumvereine.**

Abg. Hammer (L) begründet den Antrag, der die Regierung ersucht, spätestens bei der organischen Neuordnung des Einkommensteuergesetzes einen Gesetzentwurf vorzulegen, der dem Einkommensteuergesetz eine Bestimmung einfügt, wonach als zu versteuernde verteilte Dividende bei den Vereinen einschließlich eingetragenen Genossenschaften jede an ihre Mitglieder in Form von Rabatten oder in sonstiger Art gewährte Rückvergütung gelten soll. Es handle sich bei dem Antrag nicht um eine Erhöhung der Steuerlast der Konsumvereine, sondern um die Herbeiführung steuerlicher Gerechtigkeit. Die heutige Fassung des Gesetzes hat lediglich Steuerumgehungen der Konsumvereine begünstigt. Durch eine solche Privilegierung der Konsumvereine wird der Mittelstand schwer geschädigt. (Bravo! rechts.)

Ein Regierungskommissar erklärt, daß die Regierung noch keine Stellung zu dem Antrage genommen habe. Der Finanzminister werde aber nicht ermangeln, bei der Einbringung des neuen Einkommensteuergesetzes die Frage möglichst zu erwägen.

Abg. Herold (Z.): Wir beantragen die Ueberweisung des Antrags an die am 7. Mitglieder verstärkte Kommission für Handel und Gewerbe. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Ebert (freil.): Wir wären bereit, dem Antrag ohne weiteres zuzustimmen, erheben aber gegen eine Kommissionsberatung keinen Widerspruch.

Abg. Schröder-Kassel (nat.): Wir stehen dem Antrag insofern sympathisch gegenüber, als auch wir eine gleichmäßige Besteuerung der Konsumvereine und der Gewerbetreibenden wünschen. Eine eingehende Prüfung der Materie in der Kommission halten auch wir für notwendig.

Abg. Rosenow (Wp.): Privilegien für Konsumvereine wünschen auch wir nicht. Insbesondere werden auch die Raiffeisenschen Genossenschaften und die Verkaufsstelle des Bundes der Landwirte entsprechend besteuert werden müssen. Vielleicht erhalten wir bei dieser Gelegenheit endlich einmal Auskunft darüber, welche umfangreiche Warenvermittlung durch die Verkaufsstelle des Bundes der Landwirte erfolgt. (Sehr gut! links.)

Abg. Girsch (Soz.):

Auch meine Freunde sind gegen jedes Ausnahmerecht, aber gerade deshalb stimmen wir gegen den Antrag und gegen die Kommissionsberatung. Eine Steuer, wie sie der Antrag verlangt, wäre im übrigen eines der verheerendsten Mittel zum Schutze des Mittelstandes. Daß die Rückzahlungen der Konsumvereine nicht als Dividenden im Sinne des Einkommensteuergesetzes zu gelten haben, ist durch Urteile der höchsten Gerichte anerkannt. Die Annahme des Antrages Hammer würde den Mittelstand geradezu schädigen, denn die Konsumvereine würden dann die Dividende nicht am Ende des Jahres auszahlen, sondern würden einfach die Waren billiger verkaufen. Warum geht man denn nicht, wenn es sich wirklich um den Schutz des Mittelstandes handelt, ebenso wie gegen die Konsumvereine auch gegen die Beamten- und Lieferantenvereine vor, deren Mitglieder auch in vielen Beziehungen gegen Vorgehung der Mitgliederklarte Rabatte bekommen. Weit schädlicher für den Mittelstand als die Konsumvereine sind vor allem auch die Rabattsparevereine. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und wie ist es bei den Kaligeldern, wo viele Millionen Vergütung in Betracht kommen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es ist ganz offenbar, daß es sich hier um ein

**Ausnahmerecht gegen die Konsumvereine**

handelt. Was die Warenhäuser, deren Ausbau Herr Herold verlangte, anlangt, so hat die Regierung inzwischen selbst eingesehen, daß sie ihren Zweck gänzlich verfehlt hat. Dem Mittelstande ist auch mit dieser Steuer nicht geholfen. Ich möchte übrigens dem Zentrum dabei einen guten Rat geben: vielleicht entsendet es sein Mitglied Freiherrn v. Tzwickel in die Kommission, von dem mein Freund Leinert neulich feststellte, daß er an einer ganzen Reihe von Warenhäusern stark beteiligt ist. (Hört! hört! und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Diese ganze Maßnahmen, die hier gegen die Konsumvereine gefordert werden, richten sich in letzter Linie gegen die Arbeiter, die schon ohnehin durch den § 23 des Einkommensteuergesetzes schlechter gestellt sind als alle anderen Steuerzahler. Arbeiter, die sich gegen den Lebensmittelpreiser wenigstens einigermassen durch den Zusammenschluß zu Konsumvereinen zu schützen suchen, sollen in diesen Bestrebungen behindert werden. Welchen wird Ihnen das ebenwomöglich, wie es Ihnen gelingen wird, durch solche kleinliche, schändliche Bestimmungen den Konsumgenossenschaften den Garaus zu machen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Vorrede. Der Antrag geht an die verstärkte Handels- und Gewerbekommission.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 11 Uhr. (Antrag der Sozialdemokraten auf Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen den Abg. Dr. Liebknecht vor der Anwaltskammer. Kleinere Vorlagen, Initiativanträge.)

Schluß 4 Uhr.

## Aus der Partei.

**Genosse Stadthagen erkrankt.**

Genosse Reichstagsabgeordneter Stadthagen ist am Mittwochnachmittag im Reichstage plötzlich erkrankt und mußte nach dem St. Urban-Krankenhaus übergeführt werden. Stadthagen, der sich vormittag lebhaft an den Verhandlungen der Kurpulscherkommission beteiligt hat, sprach nachmittags im Plenum des Reichstages über das Hilfskassengesetz. Man konnte ihm anmerken, daß er von erheblichen Schmerzen geplagt war, und fast unmittelbar, nachdem er geendet, brach er zusammen. Stadthagen leidet an einem alten Bruchschaden. Man brachte ihn sofort nach einem der kleinen Zimmer im Reichstage, wo sich zwei Ärzte, die Abgeordneten Dr. Mugdan und Dr. Strube, um ihn bemühten. Auf ihre Veranlassung wurde Stadthagen ins Krankenhaus gebracht. Dort wurde eine Einklemmung des Bruches konstatiert, die die sofortige Operation notwendig machte. Die Operation ist gut verlaufen und das Befinden unseres Genossen recht zufriedenstellend.

**Sozialdemokratische Redakteure im Gefängnis.**

Genosse Reichlich von der „Fortmunder Arbeiterzeitung“ hat zurzeit sechs Monate Gefängnis wegen angeblicher Beleidigung eines katholischen Vikars im Gefängnis zu sitzen zu verbüßen. Dem Genossen Reichlich war nicht gestattet, eigene Kleidung zu tragen; er mußte Sträflingskleider anlegen. Seine Anträge auf Selbstbeschäftigung und Selbstbeschäftigung sind nun nach neun Tagen noch nicht erledigt. — In der letzten Zeit mehrten sich die Fälle, in denen einzelne preussische Gefängnisverwaltungen mit besonderer Härte gegen sozialdemokratische Presskredite vorgehen. Es wäre angebracht, daß in allen Fällen Verhältnisse bei den vorgelegten Instanzen, eventuell bis zum Justizminister, erhoben würde. Mit früheren Erklärungen des Justizministers steht die Behandlung des Genossen Reichlich nicht im Einklang. Oder ist in neuerer Zeit die höhere Bureaukratie mit dem rigorosen Vorgehen der Gefängnisverwaltungen einverstanden?



# A. Jandorf & Co

Spittelmarkt Belle-Allianzstrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

## 3 billige Schürzen-Tage

Wir bringen grosse Posten Schürzen in allen Fassons und Ausführungen zu ganz besonders billigen Preisen

**Serie I**  
**75 Pf.**

**Teeschürzen** weiss oder farbig mit Trägern **75 Pf.**  
**Tändelschürzen** weiss, schwarz oder farbig **75 Pf.**  
**Wirtschaftsschürzen** aus Gingham m. Bortenbesatz **75 Pf.**  
**Blaudruckschürzen** diverse Muster **75 Pf.**  
**Mädchen- oder Knabenschürzen** in geschmackvoller Verarbeitung **75 Pf.**  
**Russenkittel** in 3 Grössen hübsch garniert **75 Pf.**

**Serie II**  
**95 Pf.**

**Mieder- oder Reformschürzen** aus guten gemusterten Stoffen **95 Pf.**  
**Schwarze Mädchenschürzen** in 6 Grössen aus gutem Panama mit Bortenbesatz **95 Pf.**  
**Zierschürzen** weiss oder farbig, mit auch ohne Trägern **95 Pf.**  
**Hausschürzen** mit Volant und Tasche farbig gestreifte Stoffe **95 Pf.**  
**Spielhöschen** in verschiedenen Grössen, hübsch besetzt **95 Pf.**  
**Besonderes Angebot!**  
 Ein grosser Posten farbiger **Kinderschürzen** in 6 Grössen durchweg Stück **95 Pf.**

**Serie III**  
**1.35**

**Reform-Schürzen** aus gestreiftem Gingham **1.35**  
**Mieder- o. Prinzess-Schürzen** hochlegant, aus verschiedenen Stoffen **1.35**  
**Mädchen-Schürzen** reich garniert in schwarz und aus gemustertem Satin in 6 Grössen **1.35**  
**Schwarze Hausschürzen** aus gutem Panama mit Volant und Tasche **1.35**  
**Servier- oder Tändelschürzen** weiss, reiche Stickereigarnierung **1.35**  
**Wirtschafts-Schürzen** farbig aus prima Gingham, extra weit **1.35**

### Damen-Schürzen

Empireform mit breiter Schleifengarnierung aus prima gemustertem Satin, soweit Vorrat **1.95**

### Spezial-Serie

Beste Verarbeitung. **Tändelschürzen** ..... **95 Pf.** | **Miederschürzen** mit Trägern... **1.95**  
 Aparter Geschmack. **Teeschürzen** mit Trägern..... **1.75** | **Empireschürzen** ..... **2.25**  
**Kinderschürzen** in 6 Grössen durchweg ..... **1.25** | **Reformschürzen** ..... **2.45**

### Damen-Schürzen

darunter Empire und Blusen-Fassons aus türkisch gemustertem Satin **2.75**

### Theater.

Donnerstag, den 4. Mai. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Königl. Opernhaus, Lantshäuser.**  
**Königl. Schauspielhaus.** Die Stützen der Gesellschaft.  
**Deutsches.** Faust, 2. Teil. (Anfang 8 Uhr.)  
 Anfang 8 Uhr.  
**Kammerpiele.** Die Königin.  
**Neues königl. Operntheater.** Gefesselter.  
**Neues Schauspielhaus.** Bienensteinen.  
 Veffing. Glaube und Heimat.  
**Romische Oper.** Tiefland.  
**Kleines.** Der Verlobte.  
**Berliner.** Dummelstudenten.  
**Westen.** Die lustigen Nibelungen.  
**Neues.** Wein erlauchter Altherr.  
**Lustspielhaus.** Der Registrator auf Reisen.  
**Trianon.** Das Betzchen.  
**Thalia.** Polnische Wirtschaft.  
**Schiller O.** (Garten-Theater.) Nathan der Weise.  
**Schiller-Charlottenburg.** Liebele.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Kasernenluft.  
**Ferrafeld.** Scheidungs-Souper. Die Original-Abriaspattie.  
**Neues Operetten.** Der Graf von Lügenburg.  
**Bosfooper.** Die letzten Tage von Pompeji.  
**Luft.** Ohne Mutter.  
**Madernes.** Großstadluft. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
**Maie.** Robert und Bertram.  
**Folies Caprice.** Berthelm wird plagen! III. Klasse. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
**Metropol.** Hoheit amüsiert sich.  
**Kahna.** Zwei Wappen.  
**Boigt.** Gefesselter.  
**Hydro.** Spezialitäten.  
**Wassage.** Spezialitäten.  
**Woad.** Der Bierwar.  
**Reichshallen.** Stettiner Säger.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Walhalla.** Bravo! Da capo! (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
**Urania.** Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Lebende Tierbilder von nah und fern.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 57-62.  
**Kaiser-Panorama.** Besuch der Eifelstädter. Reise über den Brenner nach Bendorf.  
**Berliner Theater.** Abends 8 Uhr: **Bummelstudenten.** Morgen: **Bummelstudenten.**  
**Neues Theater.** Täglich: **Mein erlauchter Ahnherr.** Anfang 8 Uhr.  
**Theater des Westens.** Abends 8 Uhr: **Die lustigen Nibelungen.** Sonntag 9 1/2 Uhr: **Das Puppenmädchen.**

**Schiller-Theater O.** (Garten-Theater.)  
 Donnerstag, abends 8 Uhr: **Nathan der Weise.**  
 Freitag, abends 8 Uhr: **Der Traum ein Leben.**  
 Sonnabend, abends 8 Uhr: **Der große Name.**  
**Schiller-Theater** Charlottenburg.  
 Donnerstag, abends 8 Uhr: **Liebelei.** Hieraus: **Literatur.**  
 Freitag, abends 8 Uhr: **Liebelei.** Hieraus: **Literatur.**  
 Sonnabend, abends 8 Uhr: **Im Klubsessel.**  
**Lustspielhaus.** Abends 8 Uhr:  
**Der Registrator auf Reisen.**  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
 Donnerstag, den 4. Mai, 8 Uhr:  
**Kasernenluft.**  
 Morgen u. folg. Tage: **Kasernenluft.**  
**Luisen-Theater.**  
 Donnerstag, 4. Mai, abends 8 Uhr:  
**Ohne Mutter.**  
 Preisgekröntes Sensations-Schauspiel in 5 Akten von Benjamin Depaire.  
 Freitag 8 Uhr: **Ohne Mutter.**  
 Sonnabend 8 Uhr: **Ohne Mutter.**  
 Sonntag 3 Uhr: **Aus erster Ehe.**  
**ROSE-THEATER**  
 Grosse Frankfurter Str. 192.  
 Anf. 8 Uhr Ende 11 Uhr.  
**Robert und Gertram.**  
 Hoffe mit Gesang und Tanz in vier Akten von Käber.  
 Freitag: **Ritterlegen.**  
**Metropol-Theater.**  
**Hoheit amüsiert sich!**  
 Operette in 3 Akten von K. Freund.  
 Musik von Rudolf Nelson.  
 In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz.  
**Wade** Keffing. **J. Giampietro.**  
**G. Thielischer.** **Jr. Massary.**  
**H. Pfann.** **W. Wilkop.**  
 Anfang 7 1/2 Uhr. Rauchen gestattet.  
**Herrnfeld Theater**  
 Vielseitigen Wünschen entsprechend  
**Die Original-Abriaspattie.**  
 Ein Verlobungs-Geschäft.  
 Beide Stücke mit Anton u. Donat  
 Herrnsfeld in den Hauptrollen.  
**Das Scheidungs-Souper.**  
 Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

**„CLOU“**  
**BERLINER KONZERTHAUS**  
 Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90-91  
 Täglich!  
 nachmittags und abends  
**Große Konzerte**  
 ausgeführt von Garde-Regiments-Kapellen  
 bei freiem Eintritt.  
 Vorzügliche Küche. Spezialauschank von Münchener Mathäuser Bräu.

**NEUE WELT**  
 Hasenheide 108/114.  
**Amerikanischer Vergnügungs-Park.**  
 Heute **Großes Feuerwerk** Beginn 9 Uhr.  
 Elitotag. Varietévorstellung, Wasserrutschbahn, Gebirgsbahn, Liebesmühle u. a.  
**Großes Konzert** der Neuen Welt-Künstler-Kapelle.  
 Täglich nachmittags.  
 Dir. Honigmann.  
 Neue Direktion. Neue Schausstellungen. Neue Bestellungen.

**Urania.**  
 Wissenschaftliches Theater  
 Taubenstraße 48/49.  
 Abends 8 Uhr:  
**Lebende Tierbilder von nah und fern.**

**Apollo Theater**  
 8 1/2 Uhr:  
**Sollständig neues Programm.**  
 9 1/2 Uhr:  
**Um ein Weib.**  
 Großes amerikanisches Lustspiel-Sensationsstück in acht Bildern von G. C. Hollet und E. Bach. Musikarrangement von C. Koczan.  
**Voigt-Theater**  
 Geländedrammen, Badstraße 58.  
 Heute Donnerstag: **Keine Vorstellung.**  
 Freitag, den 5. Mai 1911:  
**Beneß für Toni Duss.**  
**Das Glück im Winkel.**  
 Schauspiel in 3 Akten v. H. Sandermann.  
 Rollenverteilung 7. Anfang 8 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
 Stettiner Säger.  
 Britton als **Mieze im Hosenrock**

**Die Stadt auf Schlittschuhen**  
 Montreal  
 Bis 7 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends: halbe Kassenpreise.  
 Unterricht im Schlittschuh- und Kunstlaufen wird erteilt.

**Stadt-Theater Moabit**  
 Alt-Moabit 47/48.  
 Donnerstag, den 4. Mai 1911:  
**Die Grille.**  
 Anf. 8 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.  
 Nach der Vorstellung:  
**Tanz.**  
**Trianon-Theater.**  
 Galtspiel des Neuen Schauspielhauses.  
 Täglich abends 8 Uhr:  
**Das Prinzen.**  
 Liebeschwank in 3 Akten v. H. 1911.

**Zirkus Busch**  
 Heute abends 8 Uhr:  
**Elite-Gala-Abend!**  
 Debut! Debut! Debut!  
**FLORIA!**  
 Neu! General-Jacharec Ermalov, der Meister tartarischer Kriegstänze (Tanze, Bajonett, Ebel, Heste).  
 Neu! Der urkom. Jambis-Banjen mit seinen dreiflügelten Tieren.  
 Das große Galaprogramm.  
 Um 9 1/2 Uhr zum 6. Male:  
 Die neue große Frühjahrs-Pantomime  
**Ein Jagdfecht am Hofe König Ludwig XIV.**

**Ben Ali Bey**  
 Klassische Zauberkunst des Orients.  
**Tanagra-Theater. Lachhaus.**  
**Tradition- und Militär-Konzerte u. a.**  
 Eintrittspreis 50 Pfg.

**Folies Caprice.**  
 Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Wertheim**  
 wird plätzen!  
**Bunter Solo-Teil.**  
**III. Klasse.**  
**Noacks Theater.**  
 Direktion: Robert Dill.  
 Berlin N. Brunnenstraße 16.  
**Der Wirrwarr.**  
 Goffe in 5 Akten von H. v. Stogebue.  
 Anfang 8 1/2 Uhr.  
 Entree 30 Pf. bis 1 Mark.  
 Sonntagskarten gültig!  
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.

**WINTERGARTEN**  
**Neues Programm!**  
**La Tortajada.**  
**The surf bathers**  
 eine Idylle am Meeresgestade.  
**De Dio** in ihren neuesten Schöpfungen von Phantasietänzen.  
**Morna & Wiser, Boomerang** und **Hutjongleure.**  
**Phillips sisters, engl. Tanz-Duo.**  
**The Vivians, amer. Kunstschützen.**  
**Artois Bros., kom. Reckturner.**  
**Rud. Oesterreicher** in seiner Szene: „Ein Romankapitel“.  
**Les Facoris, Trapez-Akt.**  
**Mis Marquis, dress. Doppelponies.**  
**The 3 Lumars, kom. Akrobaten.**  
**Les Yests, die amüs. Modelleure.**  
 Biograph.

**Casino-Theater**  
 Rothbringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.  
 Letzter Spielmonat vor den Ferien.  
 Galtsp. d. berühm. Tigerfesttruppe:  
**Leben und Treiben im Kaufhaus.**  
 Dazu d. gr. Lachserfolg in dieser Saison  
**„Zwei Wappen“.**  
 Sonntag 3 1/2 Uhr: **„Marianne“.**

**Königstadt-Kasino.**  
 Holzmarktstr. 72.  
**Sensationeller Erfolg:**  
**Flachshaar als Erzieher.**  
 The 3 Luissets. Otto Bayer.  
 Duett Hengrich. Anita Ravera u. a.  
 Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.

**Frachtsäle des Ostens, Frankfurter Allee 151.**  
 Donnerstag, den 4. Mai, abends 8 1/2 Uhr:  
**Polnische Wirtschaft.**  
 Tägliches Repertoirestück des Thalia-Theaters.  
 Die Direktion hält sich den geehrten Vereinen bei Vorstellungen zu ermäßigten Preisen bestens empfohlen. 16155

**Nibles Fest-Säle**  
 Dennewitzstraße 13.  
 Jeden Donnerstag:  
**Tanzkränzchen.**  
 C. NIBLE.

**Mila-Säle**  
 Schönhauser Allee 130.  
 Jeden Donnerstag und Sonntag:  
**Cavalier-Ball.**  
 Entree, Garderobe u. Tanz 20 Pf.  
 Anf. 8 Uhr. **Carl Elsner.**

Wegen eines Irrtums einen Monat Gefängnis.

Anfang Juni vorigen Jahres verbreitete das sozialdemokratische Pressebureau einen Gerichtsbericht aus Götting, des Inhalts, ein Fabrikbesitzer in der Oberlausitz habe seinen Konkurrenten Unwerth, der große Lieferungen an Eisenbahnverwaltungen hat, beschuldigt, Beamte der Eisenbahnverwaltung bestochen zu haben.

Diese Notiz ist von einer Reihe sozialdemokratischer Zeitungen aufgenommen worden. In etwa zehn Fällen sind die betreffenden Redakteure wegen Verleumdung von Mitgliedern der beiden Eisenbahndirektionen angeklagt und zu Geldstrafen verurteilt worden.

Auch unser verantwortlicher Redakteur, Genosse Barth, ist wegen der genannten Notiz, die am 21. Juni im „Vorwärts“ erschien, angeklagt worden. Nachdem Barth die Anklageschrift und dadurch die Möglichkeit erhalten hatte, durch seinen Rechtsbeistand authentische Feststellungen aus den Akten zu machen, hat der „Vorwärts“ den Irrtum der inkriminierten Notiz sofort richtig gestellt.

Barth, der augenblicklich eine Gefängnisstrafe, die er als Redakteur erlitten hat, in Tegel absitzt, hatte sich gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I auf die Anklage der Verleumdung von Mitgliedern der Eisenbahndirektionen Berlin und Breslau zu verantworten.

Der Erste Staatsanwalt Steinbrecht, der die Anklage vertrat, blieb auch in diesem Falle seiner gewohnten Taktik treu. Er bemühte diese recht harmlose Sache, um den „Vorwärts“ und die Sozialdemokratie mit schwerem Geschick zu bombardieren.

Die Eisenbahnarbeiter in die Reihe der Sozialdemokratie zu ziehen. Das sei wohl der Grund, weshalb überhaupt Strafanklage gestellt wurde. Der Erste Staatsanwalt scheint mit den Eisenbahndirektionen auf dem Standpunkt zu stehen, daß es unstatthaft sei, wenn die Sozialdemokratie für die Eisenbahnarbeiter eintritt.

Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld unterzog die Rede des Staatsanwalts einer gründlichen Kritik. Er sagte unter anderem: Die Ausführungen des Ersten Staatsanwalts hätten gezeigt, aus welchem Grunde in diesem an sich harmlosen Falle überhaupt Anklage erhoben wurde.

Das Urteil des Gerichts lautete gegen Barth auf einen Monat Gefängnis, gegen Schenk auf 100 M. Geldstrafe. — Zur Begründung des ungeheuerlichen Urteils sagte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Schmidt, unter anderem: Die Mitglieder der Eisenbahndirektionen seien beleidigt durch unwahre Behauptungen.

Der Schutz des § 193 siehe den Angeklagten nicht zur Seite. Den Angeklagten Barth gehe die im Artikel behandelte Angelegenheit gar nichts an. Das Gericht sei zu der Ueberzeugung gekommen, Barth habe wieder einmal Sensation machen wollen und deshalb den Artikel veröffentlicht.

Der Gerichtshof abgelehnt.

Unmittelbar nach Verurteilung der vorstehenden Sache sollte noch in einem zweiten Falle gegen den Genossen Barth vor demselben Gericht verhandelt werden. In diesem Falle handelte es sich um einen Bericht über eine Verhandlung vor dem Innungsschiedsgericht, durch den sich ein Schmiedemeister Bedler beleidigt fühlte.

Vor Eintritt in die Verhandlung lehnte Rechtsanwalt Rosenfeld namens des Angeklagten den Gerichtshof wegen Befangenheit ab. Er begründete den Antrag unter Hinweis auf das Urteil in der vorigen Sache und der Begründung desselben. In zehn Fällen habe derselbe Artikel vor verschiedenen Gerichten unter Anklage gestanden.

politisch voreingenommen

gegen den Angeklagten sei. Die Ablehnung des Gerichts sei um so mehr begründet, als es sich auch in dem vorliegenden Falle, ebenso wie in vorigen, um einen angeblich unrichtigen Gerichtsbericht handele.

Nach diesem Ablehnungsantrage konnte das Gericht nicht über den zweiten Anklagefall verhandeln. Die Sache wurde deshalb vertagt.

Aus Industrie und Handel.

Profitmoral.

Die in Hamburg domicilierende Calmon & Co. — Asbest- und Gummitwerke — hat einem Teil ihrer Aktionäre eine große Enttäuschung bereitet. Es muß saniert werden. Man sollte meinen, alle Aktionäre seien darüber aufgebracht, das trifft aber nicht zu. Es gibt eben noch Gemütsmenschen! Die Gesellschaft erlitt u. a. einen Verlust von ca. 1/2 Millionen Mark, weil sie intensiv produzierte.

Wenn Leute, die an dem Verkauf von Rohgummi stark interessiert sind, in der Verwaltung der Calmon-Gesellschaft direkt oder indirekt maßgebenden Einfluß ausüben, dann erklärt sich allerdings die sonst unbegreifliche Geschäftsprognose; auch ist es nicht verwunderlich, daß verschiedenen Aktionären die Sanierung gar keine großen Schmerzen bereitet.

Aufsichtsratsgeschäfte.

Nach dem Willen der Gesetzgeber sollen die Aufsichtsräte der deutschen Aktiengesellschaften die Kontrollinstanzen dieser Betriebe sein. In Wirklichkeit sind sie heute alles andere, nur dies nicht. Die Banken sind aus Grund ihrer Aktienmajorität Leute in den Aufsichtsrat der Gesellschaften, damit sie dort die Bankeninteressen vertreten.

Die sogenannte „kleine“ Finanzreform von 1906 unterwarf auch die Vergütungen der Aufsichtsräte einer Steuer von 8 Proz. Befreit sind dabei nur die kleinsten Gesellschaften, die insgesamt weniger als 5000 M. Lohntiere zahlen.

Table with 3 columns: Year, Paid Dividends (Millions Mark), Tax Contribution (Millions Mark). Rows for 1907/08, 1908/09, 1909/10, 1910/11.

Man sieht, die armen Aufsichtsratsmänner müssen auch die Wirklungen der Konjunkturschwankungen fühlen. Was diese Herren von den eigentlichen Gewinnern der Gesellschaften einstecken, zeigt eine amtliche Berechnung.

So sehen Millionenausgaben der Aktiengesellschaften aus, unter denen so manche existiert, die über die ruinöse Sozialpolitik herzerbrechend lamentieren.

Briefe, Telegramme und Telephone sind die drei Mittel des Gedankenaustausches zwischen räumlich getrennten Personen. Je nach der kulturellen Stufe und dem Volkscharakter haben nun diese drei Verkehrsmittel in den einzelnen Ländern eine verschiedene Entwicklung erfahren.

Table comparing Europe and Foreign States for Letters, Telegrams, and Telephone Calls per 1000 inhabitants.

In der alten Welt ist also der briefliche Verkehr bei weitem noch die beliebteste Form des Gedankenaustausches, die mehr als dreimal so oft gewählt wird wie die telephonische Verständigung.

Table showing the percentage of population in Europe and Foreign States for Letters, Telegrams, and Telephone Calls.

Die gewaltige Ueberlegenheit der neuen Welt tritt aus diesen Zahlen deutlich hervor. Es entfallen hier auf den Einwohner mehr als doppelt so viel Briefe, 1/4 mal so viel Telegramme und über 12 mal so viel Telefongespräche.

Saatenstandsbericht der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 1. Mai.

Für die Entwicklung der Feldfrüchte war die bis Mitte April andauernde raue Witterung verbunden mit scharfen Nachfrösten und die bis in die letzten Apriltage anhaltende Dürre wenig förderlich. Erst nach dem am 27. April eingetretenen Regen begannen sich die Saaten zu erholen, soweit dies zur Zeit der Berichterstattung schon zu übersehen war.

Soziales.

Wohlfott erlaubt.

Die vor kurzem ergangene Entscheidung des Königl. Sächs. Oberlandesgerichts, noch der vom obersten sächsischen Gerichtshof der öffentliche Wohlfott als erlaubtes Kampfmittel anerkannt und der den öffentlichen Wohlfott unter Strafe stellenden Polizeiverordnung die rechtliche Grundlage entzogen ist, hat bereits einen neuen interessanten Fall gezeitigt.

Am 4. Dezember 1910 traten wir den ungeheuerlichen Verdrehungen und Entstellungen entgegen, die in einer Reihe bürgerlicher Blätter unter dem Titel „Richtfände in einem Arbeiteranatorium“ aus Anlaß eines Prozesses ausgestreut waren...

Rosspiegelige Apotheken-Privilegien.

Wahre Goldgruben für ihre Besitzer sind die Apotheken in ostpreussischen Adorbergräbden und Dörfern. Trotzdem dort sehr viel mit Hausmittel gequackelnd und mit Gemütheten Kranke zu heilen versucht werden...

Gerichts-Zeitung.

Dramatische Szene im Gerichtssaal.

In dem Meineidsprozeß gegen den Angeklagten Emil Wulff, bei dem es sich um eine Phase in dem großen Birzowar der Reineidsprozesse handelt, die aus der seitdem bekannten Affäre Martin Ball entstanden sind...

Die Zeugin war nun völlig fassungslos und sank ohnmächtig zusammen. Dieser Zusammenbruch machte auf alle Anwesenden und augenscheinlich auch auf den Angeklagten den tiefsten Eindruck...

Er ging noch weiter: er hat Frau Fräulein um Entschuldigung für das Unrecht und die Herzenspein, die er ihr bereitet habe und knüpfte daran die Bitte um Entschuldigung an den Staatsanwalt und den Gerichtshof wegen seiner bisherigen unwahren Angaben...

gang fleckenlos wiederhergestellt worden sei. Diese kein Interesse an dessen Bestrafung habe. Der Angeklagte sei weniger schuldig, als die im Hintergrund wirkenden ruchlosen Menschen...

Der große Spielerprozeß Rastike und Genossen

Beschäftigte gestern die dritte Strafkammer des Landgerichts I. Zur Verhandlung, für die sechs Tage in Aussicht genommen waren, kam es jedoch nicht, da der Hauptangeklagte, Generalagent Rastike, nicht erschienen war...

Das Gericht beschloß, gegen den Angeklagten einen Haftbefehl zu erlassen und die Verhandlung auf den heutigen Donnerstag 10 Uhr zu vertagen.

Das Reichsgericht

verwarf gestern die Revision des Redakteurs Wiesenthal, der wegen Veröffentlichung einer Reihe von Artikeln unter der Ueberschrift: „Von Gottes Gnaden“ vom Landgericht I in Berlin am 14. Februar wegen Majestätsbeleidigung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war...

Aus der Frauenbewegung.

Die Rettung.

Wie soll den Schänden der weiblichen Erwerbstätigkeit und der zunehmenden Ehedlosigkeit entgegengetreten werden? So fragt Herr Karl Eri in einer ziemlich umfangreichen Broschüre, die er „Die Annäherungen der Frauenbewegung“ firmiert...

Wird man sich wundern, wenn man erfährt, daß der Held, der ausging, die Frauenbewegung in ihre Schranken zu weisen, der die Prostitution, diese Entwürdigung des weiblichen Geschlechts, für notwendig hält, andererseits die Frau betrachtet, die sich dem Manne aus Liebe, ohne Ehe hingibt?

Verammlungen — Veranstaltungen.

Zentralverband der Hausangestellten. Donnerstag, den 4. Dez. abends 8 1/2 Uhr, in den Industrie-Festhallen, Beuthstr. 20, I: Verammlung. Vortrag von Fr. Voar: „Wieviel Kostgeld müssen wir während der Reisezeit fordern?“

Verammlungen.

Außer den gemeldeten Waierversammlungen von Berliner Gewerkschaften

findet noch eine Verammlung der Nahrungs- und Genussmittelbranche in Goellers Festhallen, Beberstr. 17, statt. Die Verammlung war von etwa 1400 Personen besucht...

Die Filiale Berlin des Dachdeckerverbandes hielt am Sonntag im Gewerkschaftshause eine Generalversammlung ab, in der der Kassenbericht vom 1. Quartal 1911 vorgelegt wurde...

Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands. Bezirk Charlottenburg. Freitag, den 5. Dez. abends 8 1/2 Uhr, in der „Grosshändler-Bierhalle“, Bismarckstr. 79, Rede Freiwirtschaft, Vortrag des Dr. Max Schiller: „Kohle und Sand“.

Verband der Freiwirtschaftlichen Deutschlands. Zweigverein Berlin und Vororte. Heute abend 8 1/2 Uhr Rosenhaller Straße 11/12: Verammlung und Vortrag.

Aus aller Welt.

Göttliche Weltordnung.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich auf Güterbahnhof Jüterbog zugetragen. Die in Jüterbog wohnhafte, von ihrem Ehemann verlassene Frau Krouse war durch Krankheit in bitterer Not geraten...

Die Firma Krupp in Essen erzielte im Jahre 1910 einen Reingewinn von 27 875 000 M.

In Paris hat jüngst eine Dome für ein Paar Schuhe 3000 Franc gezaht.

Die Einrichtung des Schlafzimmers des amerikanischen Milliardärs J. P. Morgan kostete 1 200 000 M.

Das Schlafzimmer des Milliardärs Marchand hat alles in allem rund 3 Millionen M. gekostet für das Bett allein sind 780 000 M. angelegt worden, die übrigen Möbel kosteten 1 000 000 M.

Die Tragödie eines Schriftstellers.

In einem Waldhause nahe Turin hat sich der Schriftsteller Emilio Salgari wegen materieller Sorgen das Leben genommen. Salgari war einer der beliebtesten italienischen Jugendschriftsteller.

„Von Euch, die Ihr Euch durch die Arbeit meiner Feder bedient habt, während ich und meine Familie fortwährend im Elend hlieb, verlange ich nichts anderes, als daß Ihr als Dank für den Gewinn, den ich Euch verschafft habe, für mein Leibesbegangnis sorgt. Ich zerbreche meine Feder und grüße Euch!“

Fromme Dichtkunst.

Die Frommen des Ortes Bentzenrode in der Provinz Sachsen leiden große Not. Ihnen fehlt eine Kirche und die Gelder dazu wollen gar nicht zusammenkommen. Um diesem Uebel abzuhelfen, hat der würdige Herr Pfarrer den Regulus bestreitet und ihn auf seine Weise zurechtgeritten.

Kleine Notizen.

Schwerer Eisenbahnunfall. Auf einer Chaussee zwischen Treffurt und Eisenach überfuhr ein Eisenbahnzug das Lastautomobil des Bierbrauereibesizers August Schmidt aus Mühlhausen in Thüringen.

Verdächtig verbrannt. In der letzten Nacht brannte in der Nähe von Glauchen eine Scheune nieder. Unter den Trümmern fand man die verkohlte Leiche eines unbekanntes Mannes, der dort gemüthet hatte.

Bootsunfälle in Frankreich. Wie aus Ranch gemeldet wird, ist auf dem Neuchâtelsee ein Boot mit zwei Studenten gesunken, ein Inasse ist ertrunken. — Bei Cahors kenterte auf dem Lotzsee ein Boot mit vier Militärmuskeln, von denen drei ertranken. — Einem dritten Bootsunglück auf dem Kanal von Tancarville (Kr. Le Havre) fielen drei Arbeiter zum Opfer.

Eingegangene Druckschriften.

„Der Kampf“. Monatschrift der österreichischen Sozialdemokratie. Aus dem Inhalt des letzten erschienenen Heftes erwähnen wir: Otto Bauer: „Zum Baitag des Wahlkampfes.“ — Friedrich Kautsky: „Wieners Wahltag.“ — Hugo Schulz: „Die Reform und die bürgerlichen Parteien.“ — A. Hainz: „Der Kapitalismus und die alte Internationale.“ — Adolf Braun: „Der Kampf um den Achtstundentag.“ — Matthias Welsch: „Die Sozialversicherung und die Auflösung des Wohlgeordnetenhauses.“ — Josef Gruber-Ling: „Agrarpolitik und Lebensmittelpreiserhöhung.“ — Wilhelm Gausenfeld: „Pol.“

**Sozialdemokratisch. Wahlverein**  
für den  
**4. Berliner Reichstagswahlkreis.**  
Görlitzer Viertel.  
(Bezirk 181.)  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Anop-  
arbeiter  
**Paul Litta**  
Lantiger Straße 3  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 4. Mai, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Emmaus-Kirchhofes,  
Nerrenstraße, aus statt.  
18/15 **Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
**4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
Petersburger Viertel.  
(Bezirk 306 L.)  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Schriftfeger  
**Albert Schulz**  
(Niedlstr. 15) gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 5. Mai, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Zentral-Friedhofes im  
Friedrichshagen aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
218/16 **Der Vorstand.**

**Sozialdemokratisch. Kreiswahl-  
verein Niederharnim**  
**Bezirk Lichtenberg.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Schriftfeger  
**Paul Walther**  
verstorben ist. 14/3  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Donnerstag, den 4. Mai, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Lichtenberger Friedhofes  
in Wargahn aus statt.  
Rege Beteiligung erwarbt  
**Der Vorstand.**

**Deutscher  
Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Tischler  
**Stanislaus Kaczynski**  
am 1. Mai gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 4. Mai, nach-  
mittags 8 Uhr, vom Kranken-  
haus Paul Herbarzist aus auf  
dem Danke-Straßhof in der  
Röllertstraße statt.  
88/1 **Die Ortsverwaltung.**

**Verband der Gemeinde- und  
Staatsarbeiter.**  
**Filiale Groß-Berlin.**  
**Nachruf.**  
Durch den Tod ist uns einer  
unserer Kämpfer, der Kollege  
**Johann Pinetzi**  
von der Sektion Schönberg ent-  
ziffen worden.  
Wir werden ihm ein ehrendes  
Andenken bewahren.  
Die Beerdigung hat am Mitt-  
woch stattgefunden.  
86/4 **Die Ortsverwaltung.**

**Zentral-Kranken- und Sterbe-  
kasse der Tischler**  
(E. M. S. Hamburg.)  
**Verwaltung Friedrichshofe.**  
**Nachruf.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß nach schweren Leiden unser  
Mitglied  
**Hermann Böhm**  
am 23. April 1911 verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
184/3 **Die Ortsverwaltung.**

**Dankfagung.**  
Für die zahlreiche Beteiligung bei  
der Beerdigung meines lieben Mannes  
und guten Vaters  
**Hermann Böhm**  
sagen wir hierdurch unsern besten  
Dank, besonders den Kollegen der  
Bezirksstelle Werner, Pianofabrik.  
**Wwe. Frau Böhm** nebst  
Kindern.  
Friedrichshofe, Pringens-Allee 87.

**Dankfagung.**  
Für die Beteiligung bei der Be-  
erdigung meines lieben Mannes  
**Georg Gnaue**  
sage ich allen Freunden und Be-  
kannten, insbesondere den Mitgliedern  
vom Verband der Steinseger, sowie  
den Sängern meinen besten Dank.  
Witwe Anna Gnaue.



Sehr fesches Kostüm  
in gestreiftem Leinen  
1775

**WIESO**  
wir so billig verkaufen können.

Nächst unseren billigen Einkäufen  
sind es unsere enormen Umsätze,  
die es uns ermöglichen, so billige  
Preise auf unsere Ware zu setzen.

Aber noch etwas anderes von grösster  
Wichtigkeitspielt dabei mit-unser Prinzip:  
**Ein Preis für Alle!**

Wir geben nämlich keinerlei Rabatt,  
weder an Mitglieder irgend welchen  
Vereines, noch an Zugehörige  
irgend eines bevorzugten Standes.

Jede Mark hat bei uns ge-  
nau den gleichen Kaufwert  
ohne Ansehen der Person.

Wir machen damit Front gegen  
die vielfach bestehende Un-  
gerechtigkeit, dass ein Teil  
des Publikums ungerecht  
hohe Preise zahlen muss,  
damit einem anderen  
Rabatte gewährt  
werden können.

**C. & A.  
Brenninkmeyer**  
33 König-Strasse 33  
Am Alexander-Platz.

**Dankfagung.**  
Für die herzliche Teilnahme bei  
dem Heimzuge meines lieben  
Mannes, unseres guten Vaters,  
Dankes und Großvaters, des Gut-  
machers  
**Paul Thomas**  
sagen wir hiermit allen Teilnehmern  
unsern herzlichsten Dank.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Möbel** liefert auf **Teilzahlung**  
bequeme bei kleinster Anzahlung in be-  
kannter Güte  
(mit größter Rücksicht bei Krank-  
heit und Arbeitslosigkeit)  
**E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58**

**AnzugWoche**  
Dauer bis Sonntag Dauer bis Sonntag

**Ausnahme-Angebote moderner  
Herren- und Jünglings-Anzüge**  
Soweit Vorräte reichen

**Reihe 1 Herren-Anzüge** Dunkle und helle Cheviots, 18.50 Mk.  
haltbar . . . . .

**Reihe 2 Herren-Anzüge** Gestreifte und karierte Cheviots 23.50 Mk.  
in vielen Mustern . . . . .

**Reihe 3 Herren-Anzüge** Kammgarne und Cheviots, aller- 30.50 Mk.  
neueste Ausmusterung . . . . .

**Reihe 4 Burschen-Anzüge** Solide Kammgarn-Arten in vielen 8.50 Mk.  
Mustern. Größen 7-12 Einheitspreis

**Reihe 5 Burschen-Anzüge** Cheviot u. Kammgarne. Gestr. u. 10.50 Mk.  
kariert. Größen 7-12 Einheitspreis

**Reihe 6 Burschen-Anzüge** Fein gemust. Cheviots. Vorzügl. i 14.50 Mk.  
Tragen. Größen 7-12 Einheitspreis

**Reihe 7 Jünglings-Anzüge** Gemust. Cheviots u. Kammgarn- 11.50 Mk.  
Arten. Größen 38-44 Einheitspreis

**Reihe 8 Jünglings-Anzüge** Graue, grüne u. braune Cheviots. 17.50 Mk.  
Größen 38-44 . . . Einheitspreis

Günstige Kaufgelegenheit  
zu besonders billigen Preisen

**Baer Sohn**  
Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der neueste Haupt-Katalog No. 42 kostenfrei.

**Friedrich Wilhelm**  
Preussische Lebens- und Garantie-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft  
zu BERLIN.

**Aktiva. Vermögensausweis am 31. Dezember 1910. Passiva.**

	Mark	Pf		Mark	Pf
1. Bestforderung u. d. Aktienkapital	4 401 000	—	1. Aktienkapital	6 000 000	—
2. Grundbesitz	6 157 828	17	2. Reservefonds	600 000	—
3. Hypotheken	140 470 950	—	3. Prämienreserven	139 298 320	83
4. Darlehen auf Wertpapiere	18 500	—	4. Prämienbeiträge	4 835 099	03
5. Wertpapiere	959 449	29	5. Schadenreserven	152 791	40
6. Darlehen auf Policen	5 777 861	55	6. Gewinnreserven der Ver- sicherten	14 872 263	48
7. Guthaben bei Banken usw.	2 735 779	04	7. Sonstige Reserven	9 172 554	48
8. Gestundete Prämien	4 064 079	88	8. Guthaben anderer Versicherungs- unternehmungen	18 796	02
9. Zinsen und Mieten	1 456 994	46	9. Barkassationen	25 575	99
10. Aussondernde bei Agenten	2 294 171	95	10. Sonstige Passiva	8 045 782	15
11. Bare Kasse	60 216	45	11. Gewinn	7 585 791	81
12. Inventar und Drucksachen	1	—			
13. Sonstige Aktiva	8 001 875	15			
	8 001 875	15			
	8 001 875	15			

In der am 29. April 1911 abgehaltenen Generalversammlung wurde die von der  
Verwaltung beantragte Verteilung des Gewinnes genehmigt. Von dem Gewinn von  
M. 7 585 791,50 erhalten die Versicherten M. 5 740 455, und es beträgt die Dividende

A: 25% der Jahresprämie. | C: 25% der Jahresprämie.  
B: 2 1/2% der Summe der bezahlten Jahresprämien. | D: 50% der Jahresprämie.  
E: 2% bis 6% der Summe der bezahlten Jahresprämien.

An die Extrareserven werden ferner M. 911 950 überwiesen.

**MANOLI**  
Cigarettes

Beliebte Specialmarken

**Abbas Dandy**  
**Gibson Girl**



Partei-Angelegenheiten.

Rixdorf. Die Direktion der Volkssoper hat uns für sämtliche Abendvorstellungen bis zum 15. Mai, mit Ausnahme des Montags und Freitags, ganz bedeutende Preisermäßigungen zugestanden. ...

Mariendorf-Mariensfelde. Freitag, den 5. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Preuß, Mariendorf, Kurfürststr. 44, öffentliche Versammlung gegen die neue Reichsversicherungsordnung. ...

Tempelhof. Freitag, den 5. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Wilhelmshof, Berliner Str. 9, öffentliche Versammlung gegen die neue Reichsversicherungsordnung. ...

Berliner Nachrichten.

Im Grunewald.

In den Gärten und Anlagen sind über Nacht aus unscheinbaren Obstbäumen weiß und rot beschneite Blütenhügel geworden. Wahre Ausrufungszeichen der Natur, wirken sie wie Signale, die die Gemeinde der Verwunderer ...

Die Viren um die Grunewald-Seen tragen keine Blumen, nur unscheinbare grünliche Kästchen, die vom Laub verdeckt werden. Aber dieses hellgrüne Laub an hängenden Zweigen über den weichschimmernden Stämmen hebt sich prächtig von dem düsteren Grün der Niefen dahinter ab. ...

Den vermorschten und vergilbten Schilfrösten rings um die Seen ist ein grüner Gürtel aus fuhghoben Trieben entsprossen, der immer dichter und höher wird. Das Wasser selbst ist grünlich, wenn diese Färbung auch nicht gerade eine schöne Schattierung besitzt. ...

Um das Jagdschloßchen Grunewald wirkt die Kulisse aus gewaltigen Bäumen, die es gegen den See begrenzen, und wie eine Dasei im starren, ersten Niefenmeer wirken die Kastanienalleen bei Paulsborn in der Pracht ihres jungen Laubes. ...

Der Frühling, der die Störche und Singvögel bringt, er bringt auch die verschiedensten Arten von „Naturforschern“, die jetzt in den Wäldern ihrem Wilde nachschleichen. Das im Winter ausgestorbene Aquarium soll frisch bevölkert werden, und daher sieht man junges und altes Volk, bis an die Zähne mit langgestielten Nischen und Glasgefäßen bewaffnet, die Seeufer geschäftig bearbeiten. ...

Im kurzen Gras unter den Bäumen blühen unscheinbar kleine Seggen und Winen in bescheidener Gedrücktbeit, die sie jeder Verfolgung entzieht. An feuchteren Stellen aber machen Gänseblümchen und Butterblumen schlichternde Versuche, dem Grunewald die ersten Farbenspelen in das einförmige Gewand zu sprengen. ...

Statistisches. Die Bevölkerung Berlins belief sich Anfang April 1911 auf 2 065 741 gegen 2 052 000 im gleichen Monat des Vorjahres. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug 8666, darunter 803 uneheliche (21,90 Proz.). ...

Belegungsfähig in diesen Anstalten 5085 Betten angegeben waren. Die Berliner Irrenanstalten einschließlich der Epileptikeranstalt Wuhlgarten hatten am 1. April 5565 Insassen, in Privatpflege waren 3167 Personen untergebracht. ...

Die Tiefbaudeputation hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, daß an den Posten, die zur Befestigung der Straßenbenennungsschilder dienen, Feuermeldeschilder angebracht werden. ...

Museen und Stadtbahn.

In letzter Zeit ist wiederholt von Schädigungen die Rede gewesen, der die Museen infolge der nahen Stadtbahn durch Rauch und Erschütterung des Eisenbahnbetriebes ausgesetzt seien; auch der Generaldirektor der königlichen Museen, Herr Vode, hat sich in diesem Sinne geäußert. ...

In der Heilanstalt des Dr. Dosquet-Ranasse (zu Nordend), mit der wir uns früher mehrfach zu beschäftigen hatten, macht immer wieder der Geist der Unzufriedenheit sich bemerkbar. Diese Anstalt war damals nur ein Erholungsheim, ist aber inzwischen durch Hinzufügung einer Krankenabteilung erweitert worden. ...

strenggläubige Christin, und ihr ist es schon vor einer Reihe von Jahren gelungen, ihn ihrem alleinseligmachenden Glauben zuzuführen. Strenggläubig muß auch das Personal sein, das er für seine Anstalt zu engagieren hat, und zur Strenggläubigkeit möchte die Frau Doktor am liebsten auch die Patientinnen sich bekehren sehen. ...

Ausbildung von Kraftwagenführern.

Aus dem Rathaus wird berichtet: „Die große Zahl der durch Kraftfahrzeuge verursachten Unfälle, die vielfach auf mangelhafte Schulung der Fahrer zurückzuführen sind, hat schon seit längerer Zeit das Augenmerk der Staatsregierung auf die Notwendigkeit einer besseren Ausbildung und Prüfung der Fahrer gelenkt. ...

Der Armensarg ist bei Armenbegräbnissen dasjenige, was von den Hinterbliebenen am meisten gesücht wird. Die Armenverwaltung gestattet daher den Hinterbliebenen, auch einen etwas besseren Sarg auf eigene Kosten zu beschaffen. ...

Die Patienten der Heilanstalt Westlich Biegung die Kaiserin durch einen Waffenspatzgang, bei dem Arbeiterlieder gesungen wurden. Nach Annahme der Waffenspatz gingen die Patienten mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie aus. ...

Auf der Straße gestorben. Vor dem Restaurant Geesloß in Wilhelmshof brach am Mittwochmorgen 8 Uhr plötzlich ein gut gekleideter Herr zusammen und machte den Eindruck eines Sterbenden. Der Besitzer des Restaurants schaffte ihn in seine Räume und bemühte sich um ihn. ...

Beim Besteigen eines in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagens verunglückt ist in der Nacht zum Mittwoch der Druckerbesitzer Panell aus der Schönhauser Allee 120. Er wollte gegen 1/3 Uhr nachts vor dem Hause Neue Schönhauser Str. 19 auf einen vorbeifahrenden Straßenbahnwagen der Linie 47E springen, kam jedoch dabei zu Fall und erlitt einen Bruch des linken Unterschenkels und Hautabrisse. ...

